

Die kleine freiwirtschaftliche Bibliothek

Wege zur Natürlichen Wirtschaftsordnung
bzw. Marktwirtschaft ohne Kapitalismus

zusammengestellt
von
Tristan Abromeit

Dezember 2007

www.tristan-abromeit.de

Text 56.23

(1+28+20 Seiten)

Alois Dorfner
Der Weg zur Freiheit

Ein volkswirtschaftlicher Wegweiser für Freiheitsuchende

1951

oooooooooooo

Volker Erbes

Freiheit, die ich nicht meine

(vom falschen Traum der Gesellschaft)

Mit einem Vorwort von Alois Dorfner

1967

DER WEG ZUR FREIHEIT

**Ein
volkswirtschaftlicher Wegweiser
für Freiheitsuchende**

**VON
ALOIS DORFNER**

DER WEG ZUR FREIHEIT

*Ein
volkswirtschaftlicher Wegweiser
für Freiheitsuchende*

VON
ALOIS DORFNER

1951

Herausgeber und Verleger: Österreichische Freiwirtschaftliche Union - Sekretariat in Linz, Schubertstraße 13
Für den Inhalt verantwortlich: Alois Dorfner, Linz, Wallseerstraße 45

Druck: Demokratische Druck- und Verlags-Gesellschaft m. b. H., Linz, Promenade 23 - F 3500

INHALTSVERZEICHNIS

Vorwort	5
Kann uns die Politik retten?	7
Volkswirtschaft und Wirtschaftsordnung	7
Die arbeitsteilige Wirtschaft	8
Der Gütertausch durch Kauf und Verkauf	10
Der Egoismus der Menschen	11
Warum gibt es Zins?	12
Der Real- oder Sachwertzins	14
Warum verweigern wir den Zins nicht?	15
Der Irrweg der Gewerkschaften	16
Wechselnde Bevorteilung und Benachteiligung der Arbeitenden	17
Die immer im Vorteil sind	18
Die feste Währung	21
Ein dienendes Geld	22
Wie schützt man sich vor Verlust?	23
Wie sieht nach dieser Reform die Wirtschaft aus?	24
Demokratie und Frieden	26
Unsere Forderung	27

leer

VORWORT

Vorliegende Schrift wurde zu einem Vortrag abgefaßt, den ich im November 1945 vor Gewerkschaftsfunktionären in Linz abhalten wollte. Der Gewerkschaftssekretär Harringer (Eisenbahnergewerkschaft) hat die Abhaltung des Vortrages abgelehnt mit der Begründung, daß das Thema keine gewerkschaftlichen Fragen behandelt und dazu angetan ist, die Einigkeit der Gewerkschaft zu stören. Ich überlasse dem geneigten Leser die Beurteilung dieser Begründung der Ablehnung.

Die jüngste Geschichte Österreichs ist mit Blut geschrieben. Denken wir an die hervorstechendsten Tragödien, an den ersten Weltkrieg 1914—1918, an den Wiener Aufstand 1927, an die zwei kurzen Bürgerkriege 1934, an die deutsche Besetzung 1938 und schließlich an den zweiten Weltkrieg 1939—1945.

Das Geschehen seit 1945 zeigt uns, daß wieder ein geheimer Bürgerkrieg Volk und Land allmählich zu zerwühlen droht. Dies mußte 1945 schon jedem Einsichtigen klar sein, denn die Wurzel des Übels wurde nicht beseitigt. Sie liegt im Wirtschaftlichen, nicht im Politischen.

Während von der einen Seite die nur scheinbar freie „liberalkapitalistische Wirtschaft“ vertreten wird, wandelt die andere Seite auf den die letzten Freiheiten vernichtenden Wegen „marxistischer Planwirtschaft“. Beide Richtungen führen uns immer tiefer ins Elend.

Von unseren alten Politikern und Gewerkschaftsführern ist nichts zu erwarten. Sie sind in ihren alten Dogmen erstarrt wie mumifizierte Leichen. Diese Schrift richtet sich daher an das durch die heutigen politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse schwer leidende arbeitende Volk.

Wissenschaftlich ist dieser Stoff in zahlreichen Büchern behandelt. Für die Wissenschaft ist also Stoff genug vorhanden, um zu diesem Problem Stellung zu nehmen. Dem kleinen Mann fehlt aber vielfach die gemeinverständliche Darstellung. Von ihm kann man nicht erwarten, daß er sich nach des Tages harter Arbeit zum Buche setzt und sich mit wissenschaftlichen Ausdrücken abmüht. Für ihn ist diese kurze Schrift gedacht.

Wer Vorschulung hat oder sich volkswirtschaftlich weiter-schulen will, den verweise ich nochmals auf die zahlreiche frei-wirtschaftliche Literatur. Fassen Sie daher die Schrift nur als einen Stein des Anstoßes, als einen Hinweis auf die ein-z i g m ö g l i c h e L ö s u n g aus diesen traurigen Wirrnissen auf.

L i n z, Juli 1951.

Alois Dorfner.

Kann uns die Politik retten?

Viele werden sagen: „Ach, diese Politik! Ich habe genug, wenn ich dieses Wort höre!“

Nicht mit Unrecht. Denn nirgends wurde noch so vieles geredet, versprochen und geschworen — aber so wenig gehalten und eingelöst, als in der Politik. Es ist keine Übertreibung, wenn man die Politiker mit Fakiren vergleicht, die auch Kräfte und Mächte beschwören, die sie nicht kennen, gegen die sie also machtlos sind. Die Fakire und die Politiker versprechen ihren „Gläubigen“, die Kräfte des Ungeistes, der Unordnung und des Unheils zu bannen — und reden sich auf die Launen des Schicksals aus, wenn ihre Beschwörungsformeln wirkungslos bleiben.

Nein! Mit Politik dieser Art wollen wir nichts zu tun haben. Wir wollen die von den Politikern beschworenen Mächte kennenlernen, ehe sie noch unheilbringend an das Rampenlicht der Öffentlichkeit treten, und sie dann mit wirksamen Mitteln zu beseitigen versuchen. Wir wollen einmal hinter die Kulissen sehen, um festzustellen, woher diese Gespenster des Unheils kommen. Wir wollen die Ursachen des uns beherrschenden Unglücksmechanismus ausforschen und ihn dann zurechtrichten. Wenn dies geschehen ist, dann lassen wir die Politiker des alten Schlages vor der Bühne des Weltgeschehens auf die alten Unheilsgespenster warten, die ihnen bis jetzt Anlaß gaben, ihre Zaubersprüche vor das Volk zu tragen. Sie werden dann vergeblich warten.

Volkswirtschaft und Wirtschaftsordnung.

Gleich bei Eintritt hinter die Kulissen begegnen wir zwei schon oft gehörten Begriffen: „Volkswirtschaft“ und „Wirtschaftsordnung“. Unsere Politiker behaupten, das sind Begriffe, an die sich der Laie, also der Mann aus dem Volke, nicht heranwagen darf. Es mag sein, daß dies richtig ist, wenn man sich gleich mitten in den feinen Mechanismus hineinstürzt. Es ist aber nicht so schlimm, wenn man beim Primären beginnt und von dort aus die feinen Verästelungen verfolgt.

Unter Wirtschaft verstehen wir eine gesellschaftliche, also von mehreren Menschen vollbrachte Tätigkeit, die gemacht wird, um bestimmte Bedürfnisse zu befriedigen. So ist zum Beispiel eine **Landwirtschaft** jene Tätigkeit, die die Bedürfnisse der Menschen durch Bearbeitung des bäuerlichen Bodens befriedigt und die Erzeugnisse den Menschen nützlich macht. Also ackern, düngen, ernten, Aufarbeitung der Ernte, Pflege der Haustiere usw. Die Gastwirtschaft wiederum ist jene Tätigkeit, die die Bedürf-

nisse des Fremden, des „Gastes“, zu befriedigen hat. Und eine Volkswirtschaft ist eben dann jene gemeinsame Tätigkeit, die zur Befriedigung des Volkes dient. Jede Wirtschaft hat ihre bestimmte „O r d n u n g“. In der Landwirtschaft zum Beispiel geht die Magd, wenn sie der Hahn geweckt hat, in den Stall und betreut das Vieh, der Knecht putzt und füttert die Pferde, der andere Knecht richtet die Werkzeuge für die Tagesarbeit her und die Bäuerin kocht für die Hausleute das Frühstück. Jeder weiß seinen Platz, wo er zu arbeiten hat, wann die Arbeit beginnt und wann sie endet. Das ist die „Ordnung“ in der Landwirtschaft. In der Gastwirtschaft ist es dasselbe. Und ebenso soll es in der Volkswirtschaft sein. Das heißt man dann die „Wirtschaftsordnung“!

Die Volkswirtschaft war aber nicht immer in Ordnung, es hat schon Zeiten gegeben, in denen der Mensch nicht wußte, wo er zuerst anfangen soll zu arbeiten. Denken wir nur an die 1920er Jahre oder an die Jahre nach 1945.

Dann denken wir wieder an die Jahre um 1930, wo man Tausende von Menschen nicht an die Arbeitsstätten heranließ. Oder denken wir an die Zeiten, wo die Menschen zu Tätigkeiten gezwungen wurden, die nicht der „Bedürfnisbefriedigung“, also dem Wohlstande, dienten, sondern der Vernichtung (Rüstung, Militarismus usw.). Da taucht in uns die berechtigte Frage auf, warum es eine solche Wirtschafts „u n o r d n u n g“ gibt? Bei der Untersuchung dieser Frage wollen wir uns nur die jüngste Vergangenheit, etwa die Zeit seit 1918, zum Beispiel nehmen, weil wir so das ganze Geschehen leichter begreifen können.

Die arbeitsteilige Wirtschaft.

Die Arbeitsteilung finden wir schon in der ganz einfachen und primitiven Urwirtschaft. Sie mag zwischen Mann und Frau begonnen haben. In der weiteren Entwicklung hat sie die Handfertigkeit bestimmter Menschen weiter getrieben und so den Handwerkerstand entstehen lassen. Die Maschine hat sie vervollkommt. So erzeugt heute jeder Mensch Dinge, die ihm zumindest im Ausmaß der Erzeugung gar nicht mehr nützlich sind. Was will der Ziegelerzeuger mit den vielen Ziegeln, der Schuhmacher mit den vielen Schuhen, der Zeitungsschreiber mit den vielen Zeitungen machen? Ihre Erzeugnisse werden ihnen nur dann nützlich, wenn sie das Erzeugte verkaufen und um den Erlös das kaufen, was sie selber benötigen. Erst so hat die arbeitsteilige Wirtschaft einen Sinn. Die erzeugten Waren müssen also erst getauscht werden, ehe sie ihrer Bestimmung zugeführt werden. Das ganze volks-

wirtschaftliche Geschehen kann man daher in drei grundlegende Handlungen unterteilen:

1. Die Gütererzeugung, auch Produktion genannt;
2. den Gütertausch, also Verkauf und Kauf der erzeugten Sachen, auch Zirkulation genannt, und
3. den Güterverbrauch, auch Konsumtion genannt.

Die letztere Handlung gibt der ganzen Volkswirtschaft erst den Sinn, denn der Mensch lebt nicht, um zu arbeiten, sondern er arbeitet, um zu leben.

Diese drei Handlungen bilden das Fundament der Volkswirtschaft, sie sind das Primäre der „Wirtschaftsordnung“. Von hier aus müssen wir die Untersuchung beginnen.

Als im Jahre 1930 die sogenannte „Wirtschaftskrise“ hereinbrach oder, besser gesagt, gemacht wurde, glaubten viele oberflächliche Beobachter, daß die Gütererzeugung oder die Produktion nicht in Ordnung sei. Man sprach von „Überproduktion“. Es wurde zu viel erzeugt, sagte man. Und wenn heute die Gewerkschaftsfunktionäre schon wieder vom Kampf um die 40-, ja sogar um die 30-Stunden-Woche sprechen, so entspringt dieser Kampfruf nur der Angst vor der Überproduktion. Die 40- oder 30-Stunden-Woche kann, wie wir später nachweisen werden, gar kein Kampfobjekt, sondern ein vom Arbeiter wie auch vom Unternehmer freiwillig eingegangenes Verhältnis sein. Denn ansonst bedeutet diese verkürzte Arbeitszeit sonst nichts, als den Entschluß, auf Wohlstand zu verzichten und in einem Armuts- und Bedürftigkeitsverhältnis zu bleiben.

Ob Überproduktion besteht, darf nicht an den Bergen von Waren, die unverkauft liegenbleiben, sondern muß an den befriedigten Bedürfnissen der breiten Schichten des Volkes gemessen werden. Das Charakteristikum der Überproduktion müßte die Fettleibigkeit der Menschen sein. Das Charakteristikum der Jahre nach 1930 waren aber ausgehungerte Gestalten, blasse Kindergesichter, tiefliegende Augen, schlechte Bekleidung, menschenunwürdige Wohnungen. Es war also absurd, von einer Überproduktion zu sprechen. Es bestand keine Ursache, zum Maschinenstürmer zu werden, was leider die Meinung vieler Menschen war.

Die Berge von unverkauften Waren, von Waren, nach denen die Menschen große Bedürfnisse hatten, zeigten uns nur, daß die Gütererzeugung in vollster Ordnung war. Aber auch die Bedürfnisse der Menschen auf der anderen Seite bezeugen uns, daß die

Konsumtion, zumindest das Konsumtionsbedürfnis der Menschen in Ordnung gewesen wäre. Es war vielseitig und gesund. In die Konsumtion müßten wir nur dann eingreifen, wenn sich die Menschen demoralisierenden oder gesundheitsschädlichen Dingen zuwenden würden, zum Beispiel Opium, Alkohol, Schundliteratur u. dgl.

Der Fehler der damaligen Zeit war der, daß die Menschen mit ihren so dringenden Bedürfnissen nicht zu den Warenbergen gelangen konnten, die auf ihre Käufer warteten. Und bei solchen Verhältnissen, bei den so großen Bedürfnissen der Menschen auf der einen Seite, den auf den Verkauf wartenden Warenbergen auf der anderen Seite, da war es wohl begreiflich, daß die innerlich zerwühlte Bevölkerung, die Ungerechtigkeit nicht mehr begreifend, die in dieser Wirtschaftsordnung lag, einen Ausweg suchte und, in Unkenntnis der volkswirtschaftlichen Gesetze, leider einen falschen, den von politischen Marodeuren gezeigten Weg ging (Starhemberg, Hitler).

Der Gütertausch durch Kauf und Verkauf.

Wir haben nun erkannt, daß die Wurzel des Übels nicht in der Warenerzeugung und auch nicht im Warenverbrauch, sondern in der Zirkulation, also im Warentausch, liegt. Und warum?

Der Warentausch ist bei der heutigen arbeitsteiligen Wirtschaft nur über das Geld möglich. Ohne das Geld wäre die heutige Wirtschaft undenkbar. Wenn dem so ist, dann muß auch jeder Ware, die getauscht sein will, Geld gegenüberreten. Wird die Warenmenge größer, so muß auch das Geld vermehrt werden, denn ansonst kann das vorhandene Geld die erzeugte Warenmenge nicht aufkaufen oder — da die Waren verderblich sind und verkauft werden müssen — sie muß um das zu wenige Geld verkauft werden. Es müssen also die Preise kleiner gemacht werden. Dies ist aber für die Wirtschaft von Nachteil, wie wir später noch sehen werden. Umgekehrt brauchen wir aber bei Verkleinerung der Warenerzeugung weniger Geld, denn sonst bleibt für einen Teil des Geldes keine Ware übrig. Die Preise würden steigen. Wir brauchen aber einen festen Preisstand. Er ist die Grundlage einer geordneten Wirtschaft.

Das Geld muß aber der Ware unbedingt kaufend gegenüberreten. Dazu ist es ja „Tauschmittel“. Da der Tausch ohne Geld in der heutigen Wirtschaft nicht möglich ist, kann eben das Geld auf dem Markt nicht entbehrt werden. Unter Markt ver-

stehen wir nicht den Wochen- oder Jahrmarkt irgend einer Stadt oder eines Ortes, sondern das gesamte Warenangebot und die gesamte Nachfrage nach Waren (kaufendes Geld) im ganzen Lande. Also die Summe der gesamten Handelsvereinbarungen, die täglich und stündlich im ganzen Lande getätigt werden oder werden wollen.

Ein solches volkswirtschaftliches Tauschgeschäft ist erst vollzogen, wenn jeder seine Ware verkauft und seine Bedarfsgüter gekauft hat. Wenn jemand seine Ware verkauft, das Geld in die Tasche steckt und nicht kauft, so bleibt Ware auf dem Markte liegen. Sie kann nicht verkauft werden. Es tritt die gleiche Wirkung ein, als wenn zu wenig Geld im Umlauf wäre. Wer aber kontrolliert die Hunderttausende, ja Millionen von Menschen daraufhin, daß sie nach dem Verkauf auch sofort wieder kaufen? Wo ist der Planwirtschaftler, der dies kann?

Nachdem wir diese Erkenntnis aufgenommen haben, wollen wir ein wenig abschweifen vom Thema und uns dem Menschen selbst zuwenden.

Der Egoismus der Menschen.

Das Wort „Egoismus“ finden viele Menschen recht häßlich. Aber warum sollen wir vor einem unscheinbaren Wort Angst haben. Übrigens ist der Egoismus gar keine so fürchterliche Sache. Er hat auch sehr gute Seiten, nur muß man die Wirtschaft so einrichten, daß sich die schädlichen Auswirkungen desselben nicht mehr entfalten können.

Es wird nie gelingen, die Menschen so zu richten, daß sie den Eigenheiten der Wirtschaft entsprechen. Man kann aber die Wirtschaft so einrichten, daß sie den Eigenheiten der Menschen entspricht, daß diese Eigenheiten der Menschen die Wirtschaft nicht stören und den Mitmenschen nicht schädigen können. Der Mensch ist einmal Egoist. Er muß als solcher gewertet werden. Er sucht immer seinen Vorteil. Und es ist gut so. Wenn wir die Eigenheiten der Menschen nicht beachten wollten, dann müßten wir die Menschen zuerst zu Idealisten machen, eine unlösbare Aufgabe, an der die christliche Kirche schon seit fast 2000 Jahren vergeblich arbeitet. Aber auch die Marxisten wollen diese Eigenart der Men-

schen nicht anerkennen und müssen es immer dann büßen, wenn sie irgendwo zur Macht kommen. In ihrer Wirtschaft, wo alles geplant ist, da wirkt der Egoismus nicht mehr wirtschaftsfördernd, sondern schlägt ins Gegenteil um und es müssen sogar die schon zum „Idealismus Erzogenen“ zum Egoismus greifen, wenn sie nicht die Genarrten sein wollen.

Die Pflege des gesunden Egoismus ist in der Volkswirtschaft von größter Wichtigkeit. Baut sich doch auf ihm das ganze wirtschaftliche Streben und der so wichtige Arbeitsstolz auf. Wieviele urgesunde Anregungen gehen doch vom letzteren aus. Mit wieviel Stolz blickt der Bauer auf sein fruchtschweres Feld, der Arbeiter auf die fertiggestellte Maschine, der Bauarbeiter auf den fertigen Bau, der Handwerker oder Unternehmer auf die vergrößerte Fabrik oder Werkstätte, der Schriftsteller auf sein neu erschienenes Buch, der Lehrling auf sein Gesellenstück und der Schüler auf sein Zeugnis. Jeder erwartet Vorteil aus seiner Leistung und strebt nach ihm.

Der Egoismus ist die Triebfeder alles Handelns und Strebens. Wo der Egoismus ausgeschaltet wird, da tritt Stillstand ein. Da muß ein anderes Mittel an seine Stelle treten und das ist die Peitsche. Wo aber die Peitsche regiert, da gibt es keine Freiheit mehr, kein Glück und keine Zufriedenheit, es sei denn, für einzelne, denen es gestattet ist, dem Egoismus auf Kosten der anderen freien Lauf zu lassen. Das ist dann vollendete Tyrannei.*)

Nach dieser notwendigen Abschweifung kehren wir wieder zum Thema zurück.

Warum gibt es Zins?

Wenn die Menschen auf dem Markte ihre Erzeugnisse verkauft haben, so haben sie sich mit dem Erlös aus dem Verkauf, also mit dem Gelde, das sie auf die Hand bekommen haben, Konsumrechte erworben. Es gibt nun Menschen, die diese ihnen zustehenden Konsumrechte momentan nicht tätigen wollen. Sie wollen den Verbrauch auf spätere Zeiten verschieben. Ja, es gibt

*) Man kann sogar den ethischen Wert jeder neuen politischen Orientierung daran ermessen, wohin der Egoismus gelenkt wird. Hitler ließ ihn an den Juden wüten, 1945 lenkte man ihn wiederum auf die Nazi. Wir lenken ihn auf die Arbeit, auf Leistung und Können.

sogar Menschen, die gar nicht imstande sind, die erworbenen Konsumrechte zu tätigen, weil das erworbene Geld ihr Konsumvermögen weit übertrifft. (Ob zu Recht oder zu Unrecht erworben, soll hier nicht untersucht sein.) An was werden all diese Menschen ihre zustehenden Konsumrechte für spätere Zeiten aufsparen? Werden sie Seife, Mehl, Zucker, Fett, Kleider, Zement, Ziegel, Bauholz oder dergleichen kaufen und aufsparen? Gewiß nicht, denn all diese Dinge verderben. Sie bedürfen einer Wartung, Hitze, Kälte, Feuer, Rost, Motten, Fäulnis usw. können sie beschädigen oder vernichten. Kleider kommen aus der Mode. Die Maschine kann verbilligt oder verbessert werden usw. Also die Waren verderben.

Anders schaut es beim Geld aus. Das kann man in einen feuerfesten Schrank hineinlegen und wenn man es in zwei, fünf oder zehn Jahren benötigt, dann nimmt man es heraus und kauft all die Dinge, die man braucht. Man kauft sie neu, nach der derzeitigen Mode, mit allen inzwischen eingetretenen technischen Verbesserungen und vielleicht sogar billiger als ehemals. In Geld sparen ist also von Vorteil. Und da der Mensch Egoist ist, also immer seinen Vorteil sucht, wird er immer in Geld sparen. (Inflationszeiten darf man nicht zum Vergleich nehmen, denn sie sind an sich ein ungesunder Wirtschaftszustand.)

Noch einen anderen Vorteil hat das Sparen in Geld. Man braucht sich von vornherein gar nicht festlegen, wie man später sein Geld, also seine zustehenden Konsumrechte, verbraucht. Man kann seine Pläne jederzeit ändern. Würde man zum Bau eines Hauses in Zement, Ziegeln, Bauholz usw. sparen und später würde sich etwas Günstigeres ergeben, so müßte man erst die Ziegel, den Zement usw. verkaufen. Der Käufer würde bald erkennen, daß der Verkäufer in einer Zwangslage ist und würde ihm obendrein den Preis noch drücken. All diese Unannehmlichkeiten fallen beim Sparen in Geld fort.

Das Sparen in Geld wäre recht schön und gut. Wenn man aber die Auswirkungen desselben auf die Volkswirtschaft betrachtet, da sieht es ganz anders aus. Wenn jemand in Geld spart, so verkauft er seine Erzeugnisse am Markte und geht mit dem Gelde weg. Es bleibt also jemand auf dem Markte, der seine Erzeugnisse nicht verkaufen kann. Die ganze Wirtschaft ist gestört. Denn der, der nun auf dem Markte nicht verkaufen kann, der kann auch wieder nicht kaufen. So würde sich das fortpflanzen. Die ganze Volkswirtschaft kommt ins Wanken. Man würde nie wissen, wann einer mit dem Geld vom Markte weggeht und nicht kauft und wann alle diese wieder auf dem Markte erscheinen und wieder kaufen.

Da hat man eine Einrichtung geschaffen, mit deren Hilfe derjenige, der sparen will, sein gespartes Geld während der Zeit des Sparens einem anderen überläßt, damit dieser auf den Markt geht und jene Waren kauft, auf die der andere vorläufig verzichtet. Man verleiht das Geld.

Aber da stoßen wir schon wieder auf den Egoismus der Menschen. Wenn jemand sein Geld zu Hause aufbewahrt, hat er es jederzeit bei der Hand. Wenn er es verleiht, muß er erst sehen, daß er es zurückbekommt. Man gibt also sein Geld nicht so ohne weiteres aus der Hand. Man gibt es nur aus der Hand, wenn man daraus einen Vorteil ziehen kann. Also wieder das Zugeständnis an den Egoismus.

Um das Geldverleihen verlockend zu machen, hat man ein Lockmittel erfunden, das in dem Sparer das „Interesse“ weckt, das Spargeld nicht in der Hand zu behalten, sondern es zu verleihen. Dieses Lockmittel ist der Zins. Viele Bauern nennen ihn heute noch sehr richtig „Interesse“, also jene Gebühr, die im Sparer das Interesse zum Verleihen des Spargeldes weckt.

Das also ist die **Ursache** des Zinses. Wir nennen ihn daher auch den **Urzins**.

Dies möge sich jeder recht gut merken. Diese Erkenntnis ist für das Begreifen der Wirtschaft sehr wichtig. Würde es bei der heutigen „Wirtschaftsordnung“ keinen Zins geben, so wäre diese Wirtschaft schon längst zusammengebrochen. Die derzeitige Wirtschaftsordnung steht und fällt daher mit dem Zins. Wir können den Zins nicht beseitigen, ehe wir nicht etwas Besseres an seine Stelle gesetzt haben. Darum nennen wir auch die heutige Wirtschaftsordnung die „**zinskapitalistische Wirtschaftsordnung**“. Sobald der Zins ins Wanken kommt, gibt es Wirtschaftskrisen. Wir werden das im nächsten Kapitel sehen.

Der Real- oder Sachwertzins.

Wenn Geld in die Sparkasse getragen, also gegen Zins verliehen wird, so muß hinterher jemand kommen, der der Sparkasse dieses Geld wieder abnimmt, um damit Sachgüter zu schaffen, also Häuser, Hotels, Eisenbahnen, Autos, Schiffe bauen, Fabriken, Kinos, Theater einrichten usw. Natürlich muß der, der der Sparkasse das Geld abnimmt, auch mit dem Geld die Zinsverpflichtungen übernehmen. Das kann er aber nur, wenn er in die Miete für das Wohnhaus, in den Preis für den Besuch des Kinos, des Theaters, des Hotels, in die Gebühr für die Benützung der Eisenbahnen, des Autos, des Schiffes, auch den Zins miteinrechnen

kann. Der Zins überträgt sich somit auf alle Sachgüter. In der Wohnungsmiete*), im Preis der Theater- und Kinokarte, in der Hotelgebühr, im Fahrbillett für Eisenbahn, Autobus und Schiff, in der Handelsspanne des Kaufmannes und nicht zuletzt in den Steuern, die wir Staat, Land und Gemeinde zahlen, überall steckt ein Gutteil Zins drinnen. Zins für das investierte Kapital oder die Staatsschulden.

Warum verweigern wir den Zins nicht?

Menschen, die von der „Macht“ der Berufsverbände überzeugt sind, werden gewiß diese Frage stellen. Warum haben wir Gewerkschaften, Berufsverbände, politische Parteien. Die sollen einmal sagen:

„Wir bezahlen keinen Zins mehr.“

Das können sie nicht. Die christliche Kirche hat schon vor fast 2000 Jahren den Zins verboten, hat die Zinsnehmer sogar mit dem Bannfluch belegt. Der Zins aber besteht heute noch. Die Kirche mußte vor ihm kapitulieren.

Er läßt sich nicht verbieten. Er läßt sich eben nur überwinden, wie wir später noch sehen werden. Er wird solange bestehen, solange Mangel an Sachgütern besteht.

Um ein Beispiel anzuführen: Wenn in einer Stadt 1000 Wohnungsuchende sind und nur 800 Wohnungen zur Verfügung stehen, bleiben 200 Familien wohnungslos. Wenn nun 100 Wohnungsbesitzer aufstehen und erklären würden, daß sie nur die Betriebs-, Verwaltungs-, Erhaltungs- und Amortisationskosten zu zahlen gewillt sind, nicht aber den Zins, so wird der Hauseigentümer auf die 200 übriggebliebenen Wohnungslosen hinweisen, die gerne bereit sind, mit den anderen Kosten auch den Zins mitzubezahlen. Wenn aber für die 1000 Wohnungsuchenden 1100 Wohnungen da wären, wird der Hauseigentümer gerne bereit sein, die Wohnung gegen Bezahlung der Erhaltungs-, Verwaltungs- und Amortisationskosten zu vermieten, denn das Haus verfällt in 100 Jahren, ob nun ein Mieter drinnen wohnt oder nicht. Würde er aber einen Mieter nicht nehmen, so würde er auch die Baukosten nicht hereinbringen. Das Baukapital wäre verloren.

Und so ist es bei jedem Realgut, bei Kino und Theater, bei jedem Hotel, jeder Fabrik usw. Alle diese Realgüter werden ver-

*) Mit dem in Oesterreich geltenden „Mietengesetz“ hat man wohl den Besitzern der alten Häuser das „Zinsnehmen“ für das im Haus angelegte Baukapital verboten, hat aber damit den privaten Bau von neuen Wohnungen erschlagen. Man hat sich dieses Zinsverbot um den Preis der drückendsten Wohnungsnot erkauft.

fallen, verrostet oder veraltern, gleich, ob sie benützt werden oder nicht.

Soweit kommt es aber in der heutigen Wirtschaftsordnung nicht. Denn wir haben gesehen, daß jeder Sparer aus seinem Egoismus heraus sein Geld zurückhalten wird, wenn nicht mehr genügend Zins bezahlt wird. Dann hört eben das Interesse auf, sein Geld, für das man nicht momentan konsumieren will, aus der Hand zu geben. Dann wird eben nicht mehr gebaut. Dann gibt es Krisen und mit ihr Arbeitslosenbataillone, die den Lohn drücken.

Zusammengefaßt heißt das: Die zinskapitalistische Wirtschaftsordnung läßt den Wohlstand der Menschen nie zu.

Der Irrweg der Gewerkschaften.

Wenn dieser Krisenzustand der Volkswirtschaft eintritt, dann beginnen die Gewerkschaften zumeist, die 40- oder 30-Stunden-Woche zu propagieren. Das muß ich Katastrophenpolitik, ja sogar Verrat an den Mitgliedern nennen, an jenen Mitgliedern, die blutig erworbene Mitgliedsbeiträge zu dem Zwecke bezahlen, um den Kapitalismus zu überwinden. Der Vorwurf mag hart sein, er ist aber wahr und muß hier ausgesprochen werden. Denn diese Politik bedeutet nicht weniger, als daß die Arbeiter nicht mehr so viel arbeiten dürfen, weil ansonst der Kapitalcharakter des Geld- und Sachkapitals vernichtet würde. So stellt man die „Rote Garde“ vor Mammons Thron! Diese Politik bedeutet, daß die Arbeiter, die nun an der Schwelle hart erarbeiteten Wohlstandes stünden, zurück müssen, weil sonst der Zins, das arbeitslose Einkommen der Kapitalisten, nicht mehr eingetrieben werden könnte und den schaffenden Menschen zugute käme. Weil ansonst, um in der marxistischen Sprache zu sprechen, das Kapital aufhören würde, „Mehrwert heckender Wert“ zu sein. Es ergibt sich also die traurige Tatsache, daß die mit den Mitgliedsbeiträgen der Arbeiter bezahlten Gewerkschaftsfunktionäre ihre Mitglieder als Avantgarde zum Schutze des Kapitalismus anführen.

Was zeigt denn der wirtschaftliche Zustand solcher Krise an? Doch sonst nichts, als daß wir hart an der Schwelle des Wohlstandes sind. Daß die Mangelsgrenze der Sachkapitalien allmählich überschritten würde, daß dann die

Möglichkeit gebrochen wäre, aus den Sachkapitalien Zins zu erpressen, so wie wir es im vorigen Kapitel angeführt haben. Hier wäre es Aufgabe der Gewerkschaften, nach Mitteln zu suchen, die das Geld am Streik hindern. Hier wäre es notwendig, den Arbeitern zu sagen: „Nur noch kurze Zeit, aber jetzt arbeiten aus Leibeskräften. Mit dieser Arbeit geben wir dem Kapitalismus den Todesstoß. Er kann nicht mehr ausweichen. Schwingt den Hammer, laßt euch die Kelle nicht aus der Hand schlagen, jetzt ist unsere Zeit!“

Aber nichts von alledem hört man. Streik und Kurzarbeit propagieren in solchen Zeiten die Gewerkschaftsführer, damit ja der Kapitalismus am Leben bleibt, von dessen Existenz auch sie leben. Arbeiter, begreift ihr den Betrug, der da an euch begangen wird?

Wechselnde Bevorteilung oder Benachteiligung der Arbeitenden.

Unter „Arbeitenden“ verstehen wir alle, die sich von Arbeit ernähren, gleich ob Lohnarbeiter oder Gehaltsempfänger, ob Handwerker oder Bauer, ob Arzt oder Schriftsteller, ob Priester oder Naturforscher, ob Kaufmann oder Fabrikant. Alle werden sie in der heutigen Wirtschaftsordnung immer bevorteilt oder benachteiligt. Bald diese, bald jene. Was sie bei der Bevorteilung heute gewinnen, das verlieren sie morgen beim gegenteiligen Wirtschaftsablauf.

Nehmen wir einmal die Inflationsjahre 1918 bis 1923, oder auch die Jahre nach 1944. Da gab es Menschen, die ein Leben lang gearbeitet und gespart haben, um im Alter, wenn sie nicht mehr arbeiten können, etwas zum Leben zu haben. Also für die Wirtschaft wertvollste Menschen. Fragen wir diese Braven, wie es ihnen nach 1923 gegangen ist oder wie es ihnen heute geht? Bettler sind sie geworden. Ihre ersparten Summen, die sie in wertvollen Geldstücken zusammengetragen haben, bekamen sie in wertlosem Gelde zurückbezahlt. Ihre Sparsumme, mit der sie sich ein sorgenfreies Alter sichern hätten können, reicht kaum mehr aus, den Lebensunterhalt für einen Monat, eine Woche oder gar nur für einen Tag zu decken.

Sehen wir aber die andere Hälfte, die Schuldner an. Als Beispiel nehmen wir einen jungen Bauer, der zu Beginn der Inflation den Hof seiner Väter übernehmen und die weichenden Geschwister wegzahlen mußte. Er mußte eine Hypothek aufnehmen. Diese stammt von seinem Nachbar, der durch zehn Jahre hindurch pro

Jahr je einen Ochsen gemästet und verkauft hat und das Geld zur Seite legte. Die Schuld des jungen Bauern beträgt also — einmal nicht in Geldzeichen ausgedrückt — zehn fette Ochsen.

Der junge Bauer mußte also folgend rechnen: Wenn ich zehn Jahre hindurch pro Jahr einen Ochsen mäste und verkaufe, so habe ich meine Schuld abbezahlt. Da aber die Inflation kam und die Schuld nicht in fetten Ochsen, sondern in Geldzeichen vereinbart wurde, die in der Inflation entwertet wurden, konnte er nach der Inflation die ganze Schuld vielleicht um den Verkaufspreis eines einzigen Kalbes abstaten.

Und nun nehmen wir die Kehrseite, etwa die Deflationsjahre um 1930 herum. Setzen wir den gleichen Fall, daß wieder ein junger Bauer den heimatlichen Hof übernehmen mußte. Wieder mußte er den Erlös von zehn fetten Ochsen als Schuld aufnehmen. In einer geordneten Wirtschaft müßte die Schuld wieder mit zehn fetten Ochsen abbezahlt sein. Da kam die Deflation, so wie 1930. Die Fleischpreise sanken auf die Hälfte und der Bauer mußte nun zur Abstattung seiner jährlichen Schuldensumme nicht mehr einen Ochsen, sondern deren zwei mästen und verkaufen. Oder, umgekehrt gesprochen, der Gläubiger bekam im ersten Falle an Stelle der zehn fetten Ochsen ein einziges Kalb, im zweiten Falle an Stelle der zehn fetten Ochsen deren zwanzig zurück. Einmal war der Schuldner, das anderemal der Gläubiger der Betrogene. Ist es ein Wunder, wenn in einer solchen Wirtschaftsordnung die Menschen nicht in Frieden, sondern in Haß und Zwietracht leben?

Die immer im Vorteil sind.

Es gibt eine kleine Gruppe von Menschen, die immer im Vorteil ist, ganz gleich, ob Inflation oder Deflation gemacht wird. Das ist die Gruppe der gewiegten Spekulanten. Wir wollen auch in ihre Werkstatt ein wenig hineinschauen. Wie man das macht, ist eigentlich im vorigen Kapitel schon gesagt. In der Inflation flüchtet man in die Sachwerte, in der Deflation ins Geld. Einmal wird man Schuldner, das anderemal Gläubiger.

Voraussetzung zur Spekulation ist, daß man einen Grundstock, also etwas Geld hat. Außerdem muß man zeitgerecht wissen und kennen, wann Inflation und wann Deflation gemacht wird. Wenn man viel Geld hat, ist es noch leichter, da kann man selbst, also über die Köpfe der Staaten und Regierungen hinweg, Inflation oder Deflation machen, dann, wann man es für günstig erachtet. (Natürlich nur, solange nicht nach freiwirtschaftlichen Grundsätzen gehandelt wird.) Hier möchte ich besonders auf die ausgezeichnete Schrift des Schweizer Volkswirtschaftlers Fritz

Schwarz hinweisen: „Morgan, der ungekrönte König der Welt“.
(Pestalozzi-Fellenberghaus, Bern.)

Nun sehen wir uns den Hergang solcher Spekulationsgeschäfte näher an. Haben Sie schon einmal versucht, in einer Inflationszeit in einer größeren Handels- oder Börsenzeitung Angebote von Aktien auf dem Effektenmarkt zu finden? Das war vergebliche Mühe. Diese Papiere sind in solchen Zeiten alle in festen Händen.

Ist auch begreiflich. Da der nominelle Realwert eines Betriebes in der Inflationszeit im gleichen Ausmaß steigt als sich das Geld entwertet, so bleibt den Besitzern solcher Realwertpapiere (Aktien u. dgl.) ihr Vermögen gewahrt. Im Gegenteil. Da die Menschen bald spüren, daß ihr in Geld angelegtes Vermögen ständig schwindet, halten sie Nachfrage nach Realwerten und treiben deren Preis noch mehr in die Höhe.

Die Spekulanten sind aber sehr schlau und kennen die Ursache des Wechsels zwischen Inflation und Deflation genau. Sie wissen schon bald, zumindest früher als unsere Politiker alten Schlages, wann die Inflation abgestoppt wird. Was machen sie dann? Sehr einfach! Ohne daß es das Volk merkt, schlagen sie ihre Realwertpapiere zeitgerecht los und mit dem Erlös aus dem Verkauf setzen sie sich nicht mehr fest. Das Geld muß greifbar bleiben. Allerdings darf man durch Zurückhalten des Geldes die Deflation nicht allzufrüh fördern. Man muß abwarten, bis man die Papiere losgebracht hat. Dazu braucht man einige Zeit, denn zu rasches Angebot würde den Kurswert, der ja dem Spiel von Angebot und Nachfrage unterliegt, zu sehr drücken.

Wenn verkauft ist, dann kann man Deflation machen. Das Geld wird aus der Wirtschaft gezogen. Daß das Volk das nicht merkt, darum brauchen sie sich gar nicht kümmern. Dafür sorgen die Politiker und Gewerkschaftsführer heutigen Schlages. Da sich nun die Warenlager auf einmal füllen, weil ja das kaufende Geld zurückgehalten wird, glauben die Politiker und Gewerkschaftsführer, daß man jetzt „Preissenkungen“ fordern muß. In der Inflation haben sie gesehen, daß die Löhne immer hinter der Preissteigerung nachhinken. Jetzt bilden sie sich ein, daß s i e im Vorteil sind und daß die Löhne bleiben können, auch wenn die Preise sinken. Daher die Parole: „Herunter mit den Preisen!“ Damit glauben sie auch, die sich stauenden Warenberge in Fluß zu bringen. Der größte Irrtum, den es gibt. Oh, diese Ahnungslosen!

Wenn das Geld aus der Wirtschaft gezogen ist, dann beginnt der Absatz zu stocken. Die Preise sinken von selbst. Das haben wir schon in unseren früheren Abhandlungen kennengelernt. Aber auch der Zins kommt ins Gleiten, denn bei sinkenden Prei-

sen erlahmt auch die Investitionslust jener, die nicht auf Spekulation aus sind. Und damit geht die Nachfrage nach Leihgeld zurück. Das veranlaßt nun den letzten Geldbesitzer, das Geld zurückzuhalten. Die Arbeitslosigkeit steigt rapid an und jeder Arbeitslose drückt auf den Lohn, ist aber auch zugleich eine Passivpost für die Macht der Gewerkschaften und Arbeiterparteien. Das ist das Ende vom „Preisabbau“.

Einer hat aber ein Recht, sich zu freuen, und das ist der Spekulant. Jedes Prozent Preissenkung bedeutet im gleichen Ausmaß eine Geldwertsteigerung. Und in Geld ist er ja nun festgelegt. Wenn eine Fabrik nach der anderen ausfällt, wenn die Maschinen zu rosten beginnen, dann fällt der Kurswert der Aktien, denn die Dividende (der Zins der Aktien) muß erarbeitet werden. Wo nicht mehr gearbeitet wird, da gibt es auch keine Dividende mehr. Der Wert der rostenden Maschinen fällt auf den Schrottpreis herunter. Kein Wunder, daß dann der Preis der Aktien um die Hälfte, um dreiviertel und oft um mehr zurückgeht. Jeder Besitzer will sie loshaben. Besitzer sind aber nicht mehr die Spekulanten, die sind im Trocken.

Ständige Krise ist aber auch für den Spekulanten nichts, er braucht wieder Hochkonjunktur. Eine solche könnte unter Umständen eine revolutionierende technische Erfindung schaffen. Wenn aber eine solche nicht da ist, was dann?

Auch da hilft sich der Spekulant von Weltformat. Man kann auch die Industrie einmal mit Erzeugnissen beleben, die nicht auf den Zins drücken. Zum Beispiel ein wenig rüsten.

Aber zum Rüsten müssen Voraussetzungen gegeben sein. Eine willenlose Arbeiterschaft, die hat man sich wohl mit der Krise geschaffen. Man braucht aber auch einen Feind. Auch den kann man machen. Wozu hat man Druckereien, Zeitungen und Diplomaten? Man kann dem Volke gegenüber die Schuld an der Krise allen möglichen Nachbarn in die Schuhe schieben. Besonders dann, wenn das Volk entnervt und zermürbt ist durch die Arbeitslosigkeit. Man braucht nur ein paar Ehrgeizlinge, die es dem Volke vormachen. Und auch die sind zu finden. (Siehe Mussolini, Starhemberg, Hitler.) Auch ein kleiner Bürgerkrieg ist nicht zu verschmähen.

Wenn dann das Volk reif ist für die Rüstung und unter Umständen auch für den Krieg und die geeigneten Menschen an der Spitze des Staates stehen, dann kann der Spekulant sein verstecktes Geld wieder hervorholen. Dann kauft er die darniederliegenden Fabriken zu einem Spottpreis auf. Das übrige Geld wird in die Wirtschaft gepumpt, denn was jetzt erzeugt wird, das drückt nicht mehr den Zins. Die Maschinen beginnen wieder zu laufen,

die Aktienkurse steigen und der Kreislauf der Spekulation beginnt von neuem.

Milliardengewinne werden so gemacht. Und das Volk zahlt diese Gewinne nicht allein mit seinem Schweiße, sondern auch mit seinem Blute auf den Schlachtfeldern.

Diese kurze Abschweifung war notwendig, um auch in dieser Richtung hin einen kleinen Einblick in die heutige „Wirtschaftsordnung“ (?) zu bekommen. Nun aber wollen wir sehen, wie eine **Wirtschaftsordnung** aussehen soll.

Die feste Währung.

Wir haben gesehen, daß wir als Tauschmittel ein widerspenstiges, zu allerhand Spekulationen brauchbares Geld haben. Da ist es kein Wunder, daß die Wirtschaft nicht funktioniert.

Wenn wir nichts sozialisieren wollen, eines müssen wir in den Staatsbesitz überführen, wenn wir ein dienendes Geld haben wollen: **Die Notenbank.** Oder auch diese nicht. Wir müssen nur von Staats wegen jenes Institut schaffen, das die Geldscheine ausgibt und der Nationalbank dieses Recht nehmen. Dieses staatliche Geldinstitut darf aber nicht von Bankfachleuten, sondern muß von Währungsfachleuten geleitet werden. Es darf nicht von dividendenheischenden Vorständen und Aufsichtsräten kontrolliert werden, sondern von Leuten, die an einer stabilen Währung ein Interesse haben. Das sind die arbeitenden Menschen, also Arbeiter, Bauern, Handel- und Gewerbetreibende, Unternehmer, kurzum Menschen der Wirtschaft.

Wie soll nun dieses Institut geführt werden? Wir haben schon davon gesprochen, daß jeder auf den Markt gelangenden Ware Geld gegenüber treten muß. Besteht zwischen der auf den Markt gelangenden Warenmenge und dem nach diesen Waren nachfragenden Gelde ein Mißverhältnis, so entsteht Inflation dann, wenn die nachfragende Geldmenge zu groß, Deflation dann, wenn die nachfragende Geldmenge zu klein ist. Bei Inflation, wo man um das Geld immer weniger zu kaufen bekommt, entsteht bei den Menschen ein großer Warenhunger. Das Geld beginnt schneller umzulaufen, da jeder rasch kauft. So wird die inflatorische Wirkung vergrößert, denn ein Geldschein, der im Monat zehnmal kauft, wirkt genau so, als zehn Geldscheine, die im Monat nur einmal kaufen.

Bei Deflation aber steigt der Kaufwert des Geldes. Mit dem Kaufen warten, heißt also, billiger kaufen oder, mit anderen Worten, um den gleichen Geldschein mehr Waren zu bekommen. Das

verlangsamt den Umlauf des Geldes und vergrößert so die deflationistische Wirkung.

Ob die Geldmenge der auf dem Markte erscheinenden Warenmenge angepaßt ist, erkennen wir also an den Warenpreisen, und zwar an den Warendurchschnittspreisen aller auf dem Markte erscheinenden Waren. Steigen die Warendurchschnittspreise, so ist zu wenig Geld im Umlauf, es muß daher mehr Geld eingezogen werden. Sinkt aber der Warendurchschnittspreis, so ist zu wenig Geld im Umlauf, es muß daher mehr Geld in Umlauf kommen. Wie man Geld einzieht und wie man mehr Geld in Umlauf bringt, darüber wollen wir hier nicht sprechen, denn diese Mittel sind höchst einfach und allgemein bekannt.

Um jederzeit abwägen zu können, ob die umlaufende Geldmenge dem jeweiligen Produktionsstande entspricht, brauchen wir eine Stelle, die die wichtigsten Waren im gesamten Handel mengen- und preismäßig erfaßt und einen mengenmäßig abgestimmten Durchschnittspreisstand erstellt. Eine Einrichtung, die heute schon überall zu statistischen Zwecken besteht. Es hieße nur, diese Einrichtung bestimmten Zwecken zuzuführen. Diese Stelle nennen wir das **I n d e x a m t**. An den Ziffern des Indexamtes können wir jederzeit feststellen, ob die umlaufende Geldmenge der jeweilig angebotenen Warenmenge entspricht. Das ist der ganze Apparat, den wir zur Gesundheitshaltung der Wirtschaftsordnung brauchen. Er ist einfach, billig und funktioniert sicher. Mit allem anderen „planwirtschaftlichen“ Plunder können wir abfahren.

Ein dienendes Geld.

Wir haben früher gelernt, daß das Geld nur solange im Umlauf bleibt, solange das Lockmittel Zins in entsprechender Höhe bezahlt wird. Ein Geld aber, das nur gegen Bezahlung des Lockmittels Zins seine Pflicht tut, ist kein dienendes, sondern ein erpressendes Geld. Es nimmt den Zins von denen, die kein Geld haben, also von den Bedürftigen, und gibt ihn denen, die Geld im Überfluß haben, also den Reichen und Wohlhabenden. Das ist ein äußerst unsoziales Geld und muß geändert werden. Wenn das Geld nicht freiwillig dienen will, muß es zum Dienen gezwungen werden. Aber nur das Geld, nicht die Menschen. Die sollen frei von jedem Zwang sein.

Das Geld läßt sich heute durch den Zins in die Wirtschaft locken. Drehen wir den Spieß einmal um. Machen wir es so, wie es die Eisenbahn macht, deren Waggonen auch ständig rollen müssen. Sie verspricht auch nicht dem Benützer eine Prämie, wenn

er den Waggon sofort nach Einlangen am Bestimmungsbahnhof entladet, sondern sie hält ihm die Wagenstandstabelle unter die Nase und rechnet ihm vor, was es kosten wird, wenn ihm einfallen sollte, den Waggon entgegen seiner Bestimmung etwa als Magazin zu benützen.

Versprechen wir auch dem, der momentan überschüssiges Geld hat, nicht vier Prozent Zinsen, damit er das Geld seiner Bestimmung zuführt, sondern nehmen wir ihm vier oder fünf oder sechs Prozent dann, wenn er das Geld zurückhält, also seiner Bestimmung entzieht. Dann haben wir ein dienendes Geld.

Das kann ganz einfach gemacht werden. Es gibt verschiedene Mittel, zum leichteren Verständnis wollen wir aber ein in der Praxis schon lange überholtes Beispiel anführen:

Bringen wir auf dem Geldschein auf einer Seite zwölf Rubriken mit den Namen der zwölf Monate an. Beim Eintritt in den betreffenden Monat hat nun der Geldscheinbesitzer, also der, der den Geldschein zu diesem Zeitpunkte in der Tasche oder im Mauerschrank hat, in die betreffende Monatsrubrik eine Umlaufsicherungsmarke im Werte von einem halben Prozent des Nennwertes des Geldscheines aufzukleben. Tut er das nicht, so verliert der Geldschein seine Gültigkeit. Nur durch das Aufkleben der Marke kann er ihn wieder gültig machen. Auf einen Zehnschillingschein ist zum Beispiel monatlich eine 5-Groschen-Marke aufzukleben, das treibt den Geldschein viel sicherer auf den Markt als es der heutige Zins vermag und es braucht kein Mensch hinter dem Geldschein herlaufen. Jährlich einmal muß er dann den Geldschein umwechseln, wobei wiederum die Umlaufsicherungsmarken aufgeklebt sein müssen.

Wie schützt man sich vor Verlust?

Sehr einfach! Jeder muß sein Geld seiner Verwendung zuführen. Er muß kaufen. Wenn er einmal kein Bedürfnis hat, zu kaufen, dann muß er Sachwerte schaffen. Und wenn er auch das nicht machen will, dann muß er das Geld für diese Zeit anderen überlassen, damit diese Häuser, Fabriken usw. schaffen. Er muß schnurstracks zur nächsten Sparkasse laufen und darf dort nicht nach der Höhe der Zinsen fragen, sondern muß dort sein Geld einlegen. So lange es Zinsen gibt, wird er sie bekommen, sobald es aber Sachwerte in Fülle gibt, wenn also schon Wohlstand eingezogen ist ins Land und der Zins verschwunden ist, bleiben eben 100 eingelegte Schillinge immer 100 Schillinge, und zwar solche Schillinge, mit denen man immer die gleiche Warenmenge kaufen kann.

Nun hat die Sparkasse den Geldschein, der allmonatlich seine Umlaufsicherungsmarke verlangt. Für den Sparkassebeamten besteht der gleiche Zwang wie früher für den Sparer oder Geldscheinbesitzer. Er muß daher freundlich sein mit dem Kreditwerber und darf ihm nicht den Schalter vor der Nase zuschlagen, wenn er um die Höhe der Darlehenszinsen feilscht. Er muß das Geld um zwei Prozent, ja vielleicht ohne Zinsen, nur gegen Entrichtung einer Vermittlungsgebühr hergeben, denn es brennt. Spürst du, lieber Leser, was da für grundlegende Wandlung vor sich gegangen ist?

Der Kreditwerber aber — der Gewerbetreibende, der Unternehmer, der Kaufmann, der Baulustige — braucht, wenn der Zins einmal auf Null gesunken ist, nicht mehr in seiner Kalkulation mit dem Zinsendienst zu rechnen, sondern nur mehr mit der Rückzahlung. Wenn er früher bei nur vier Prozent Verzinsung jährlich diese vier Prozent des Leihkapitals durch 25 Jahre hindurch bezahlt hat, so war seine Schuld noch immer gleich groß. Nun ist sie bei nur gleicher Rückzahlung getilgt.

Wie sieht nach dieser Reform die Wirtschaft aus?

Nun ist unbehinderter Arbeit der Boden geebnet. Jede Warenvermehrung, sei es, daß sie aus besonderem Fleiß des Volkes, durch Bevölkerungsvermehrung, durch technische Verbesserung der Arbeitshilfsmittel oder durch Überführung des bürokratischen Apparates in die Produktion entsteht, zeigt sich sofort dem Indexante in den Warendurchschnittspreisen an. Und sofort wird die Geldmenge der Warenmenge angepaßt. Also steht hinter jeder Ware Geld. Und zwar Geld, das durch die Umlaufsicherungsmarke zum Umlauf gezwungen ist. Es muß daher auf den Markt gehen, muß die erzeugten Waren aufkaufen, muß Häuser, Fabriken, Schiffe, Autos, Eisenbahnen, Maschinen, Hotels, Erholungsheime usw. bauen. Das Geld muß! Die Umlaufsicherungsmarke zwingt es dazu, da es ansonst verdirbt. Niemand darf mehr fragen, ob das Haus neben den Verwaltungs-, Betriebs- und Amortisationskosten noch Zins für das investierte Kapital abwirft. Denn zwei oder drei bauen schon mit zinsfreiem Gelde und jeder muß trachten, einen Mieter zu bekommen, der ihm wenigstens die laufenden Kosten und die Kapitalrückzahlung bezahlt. Auch der Kinounternehmer, der Hotelier, der Besitzer eines Schiffes, einer Eisenbahn kann nicht mehr den Zins in seine Benützungsgebühren einrechnen, denn auch neben ihm baut die Konkurrenz mit zinslosem Gelde. So wird der Zins in einer Flut von Sachgütern zugrunde gehen.

Auch der Unternehmer kann beim Feilschen um den Lohn nicht mehr damit argumentieren, daß er nur dann produzieren kann, wenn neben den festen Ausgaben für Rohmaterial, Maschinenabnutzung und der Amortisation für die Baulichkeit der Lohn so niedrig ist, daß neben ihm noch der Zins für das investierte und für das Betriebskapital Platz findet. Auch neben ihm baut schon einer mit zinsfreiem Gelde. Und da jede Fabrik nur dann einen Wert hat, wenn der Unternehmer Arbeiter findet, die in seinem Betriebe arbeiten, so bleibt dem Unternehmer sonst nichts übrig, als den ehemaligen Zins allmählich in die Lohnsumme zu überführen, um so die Arbeiter in seinen Betrieb zu locken.

Die heutige zinskapitalistische Wirtschaftsordnung hat immer Mangel an Sachgütern, also an Häusern, an Fabriken, Maschinen usw., dagegen Überfluß an Mietern und Arbeitern. Die neue zinsfreie Wirtschaft wird Überfluß an Sachgütern, aber Mangel an Arbeitern und Mietern haben. Da wird nicht mehr der Arbeiter den Arbeitsplatz suchen müssen, wird nicht mehr ängstlich vor der Türe des gestrengen Herrn Direktors stehen und auf das barsche „Keine Arbeit“ warten. Da wird im Gegenteil der gestrenge Herr Direktor zum Arbeiter kommen und diesen ersuchen müssen, doch in seinem Betriebe zu arbeiten. Und wenn er dazu zu hochnäsiger wäre, so müßte er eben abtreten und seinen Platz einem anderen überlassen, dem die Nase nicht so hoch steht.

Auch der Herr Gewerkschaftssekretär wird seine Macht verloren haben. Denn da alle arbeitswilligen Menschen reichlich Arbeitsmöglichkeit finden, wird kein Arbeiter mehr die geballte

Lesen Sie das freiwirtschaftliche Monatsblatt

„Neue Ordnung“

Kampfblatt für eine natürliche Wirtschaftsordnung

Bezugspreis: Halbjährig S 6.50
für die Schweiz: Franken 1.50
für Deutschland: DM 1.80

Zu bestellen: ÖFU, LINZ, SCHUBERTSTRASSE 13

Kraft der Gewerkschaftsorganisation brauchen, um den ihm zustehenden Lohn zu erzwingen. Das ständig zu Neuinvestierungen drängende Geld wird den Unternehmer zwingen, jedem Arbeiter den nach seiner Leistung höchstmöglichen Lohn zu bezahlen, um ihn in seinem Betrieb zu behalten. Spürst du, Arbeiter, daß du erst dann wirklich frei bist? Daß du auch nicht mehr um die Gunst deines meist politisch eingestellten Gewerkschaftssekretärs oder Betriebsvertrauensmannes buhlen mußt? Einzig deine Leistung, dein Fleiß und dein Können wird deinen Lohn bestimmen. Dann erst kannst du erhobenen Hauptes durchs Leben gehen als wirklich freier Mensch!

Wir wollen nicht die Gewerkschaften bekämpfen. O nein! Aber die zinsfreie Wirtschaft wird sie kurzerhand überflüssig machen. Vielleicht wird sich dann auch mancher Gewerkschaftssekretär erst frei fühlen.

Es gibt auch dann keine Überproduktion mehr, jenes Gespenst, vor dem sich die arbeitenden Menschen, ob Unternehmer oder Bauer, ob Gewerbetreibender oder Handelsmann, besonders aber die Arbeiter immer fürchten müssen. Jenes Gespenst, der Überproduktion, die gar keine ist, weil ja die Bedürfnisse der Menschen noch nie erfüllt waren. Oder ja, in der Freiwirtschaft könnte es eine Überproduktion geben, und zwar dann, wenn einmal alle, also auch der letzte Arbeiter, sagen könnte: „Jetzt habe ich keine Lust mehr, soviel zu arbeiten, denn ich habe alle meine Bedürfnisse befriedigt. Ich wüßte nicht mehr, was ich mit meinem Verdienste anfangen soll.“ Dann aber wäre die 40- oder 30-Stunden-Woche kein Kampfproblem mehr zwischen Unternehmer und Arbeiter, sondern ein freiwillig eingegangenes Übereinkommen.

Davon sind wir aber noch weit entfernt. Wir hätten schon viel erreicht, wenn es einmal keine Krisen und auch keine Bürger- und Völkerkriege mehr gäbe, deren unsere Generation schon zwei erlebte.

Demokratie und Frieden.

Wir wollen hier keine Berechnungen anstellen, um wieviel das Arbeitseinkommen aller arbeitenden Menschen, ob selbständig oder unselbständig, steigen wird. Es möge jeder in einer stillen Stunde das Problem überdenken und durchrechnen, er wird bald daraufkommen, daß es viel zu niedrig angesetzt ist, wenn wir von einer Verdoppelung des Arbeitseinkommens sprechen. Wir wollen vorderhand nur einmal mit der krisenfreien Wirtschaft und dem beständig steigenden Wohlstande der schaffenden Menschen rechnen.

Denken wir dann zurück an die Zeiten, da die Not die Menschen zum Bürgerkriege reif machte, da man ihnen die Notwendigkeit der Rüstung und des Krieges recht eindringlich vormachte. Stellen wir uns einen solchen Versuch vor in einer Wirtschaftsordnung, wo alles Arbeit findet, Arbeit an Gütern, die den Menschen dienen, sie zu Wohlstand bringt, wo das Arbeitseinkommen auf Grund dieser unverdrossenen Arbeit ununterbrochen wächst, wo Glück und Zufriedenheit Gast in jeder Familie ist. Stellen wir uns vor, daß dann ein Starhemberg kommen und sagen würde, daß nur Menschen mit adeligem Blut ein Recht zu regieren haben. Oder daß ein Hitler kommen würde, um uns weiszumachen, daß wir den verlorenen Krieg rächen müssen. Ich glaube, es müßte nicht einmal die Polizei aufgeboten werden. Die arbeitenden Menschen würden solche Narren selbst einfangen und der nächsten Irrenanstalt übergeben.

Nur in der vorgeschlagenen Wirtschaftsordnung ist es möglich, jedem Arbeitenden Schritt für Schritt den vollen Arbeitslohn zuzuführen. Nur so ist es möglich, den letzten Arbeitslosen in den Arbeitsprozeß einzuschalten. Aber auch nur in dieser Wirtschaftsordnung können wir jenen Zustand herbeiführen, in dem alle Menschen vom Herzen kommend sagen können: „Nun sind wir wirklich freie Menschen. Wir haben den Frieden erarbeitet. Und nur wo Frieden ist, da ist auch Demokratie.“

Unsere Forderung!

Sie ist einfach:

1. Errichtung eines staatlichen Währungsamtes, das an Stelle der Nationalbank die Wirtschaft mit dem nötigen Gelde (Tauschhilfsmittel) versorgt. Das Währungsamt muß ohne jede bankmäßige Bindung sein.
2. Die Einziehung oder Ausgabe der Noten wird einzig von dem durch das Indexamt (Statistisches Amt) errechneten Warendurchschnittspreisen mit dem Ziel bestimmt, den Durchschnittspreisstand stets gleich hochzuhalten. Keine Regierung, kein Finanzminister und keine Golddeckungsklausel darf die Arbeit des Währungsamtes beeinflussen.
3. Die Überwachung des Indexamtes obliegt den Vertretern des arbeitenden Volkes, also Vertretern aus dem Arbeiter-, Bauern-, Gewerbe-, Handels- und Industriestand.
4. Der ungestörte Geldumlauf ist mit geeigneten Mitteln zu sichern.

Das ist alles. Wenig in Worten, aber ungeheuer in der Wirkung. Denn alles, wonach wir uns sehnen, Wohlstand, Freiheit, Frieden und schließlich die wahre Demokratie, können wir uns damit sichern.

Wird dies unterlassen, so kommt wieder die Zeit, da jene Fülle an Sachgut eintritt, die wieder auf den Zins drückt. Diese Zeit kommt bald, denn die Produktivität der Arbeit wird durch die fortschreitende Technisierung immer mehr gesteigert und der Zinsanteil weniger Menschen am Arbeitsprodukt wird immer größer. Wenn aber der Zins ins Wanken kommt, wird sich das Geld wieder in den Banktresors oder Heimkassen verkriechen, die Krise bricht wieder herein. Dieser Weg ist unausweichlich. Die Arbeitslosen werden wieder hungernd zur Stempelstelle gehen. Die Betriebe werden ihren Zinsverpflichtungen nicht mehr nachkommen können, da die Preise sinken und die Erzeugnisse trotzdem nicht abzusetzen sind, die Hypothekargläubiger werden die Bauern wieder von ihren Höfen vertreiben. Dem Gewerbetreibenden wird der ganze Fleiß nichts mehr nützen, denn er wird keine Auftraggeber mehr finden. Konkurs und Stilllegungen werden an der Tagesordnung sein.

Dann wird es irgendeinem Hitler wieder ein Leichtes sein, in die Massen des entnervten Volkes die Teufelssaat der Rüstung und des Krieges zu säen. Was dies bedeutet, möge jeder an den verhältnismäßig noch kleinen Schrecken des letzten Krieges ermessen. Keine Friedensorganisation, kein Völkerbund und auch keine UNO. kann uns davor retten. Und wenn uns unsere Kinder einmal den Fluch ins Grab nachschleudern würden — sie hätten ein Recht dazu.

V O L K E R E R B E S

**FREIHEIT,
DIE ICH
NICHT MEINE**

(vom falschen Traum der Gesellschaft)

V O L K E R E R B E S

FREIHEIT, DIE ICH NICHT MEINE

(vom falschen Traum der Gesellschaft)

Vortrag, gehalten am 29. April 1967 bei einer Tagung des „Seminars über die Neuordnung der Kultur, der Wirtschaft und des Rechts“ in der Volkshochschule in Linz. Die Tagung stand unter dem Leitthema:

„FREIHEIT UND ORDNUNG ALS UNTEILBARES GANZES“

Verlag: Arbeitsgemeinschaft „Die freie Meinung“
Wallseerstraße 45, 4020 Linz, Österreich

Eigentümer, Herausgeber und Verleger: Arbeitsgemeinschaft „Die freie Meinung“, für den Inhalt
verantwortlich: Alois Dorfner, alle Linz, Wallseerstraße 45. Druck: Fidelis-Druckerei, Linz

VORWORT

Das „Seminar über die Neuordnung der Kultur, der Wirtschaft und des Rechts“, das in der Zeit vom 29. April bis 1. Mai 1967 in der Volkshochschule in Linz tagte, stand unter dem Leitthema: „Freiheit und Ordnung als unteilbares Ganzes“. Da DDDr. Karl Rössel-Majdan, einer der Initiatoren dieses Seminars, wegen unaufschiebbarer dienstlicher Verpflichtungen im letzten Augenblick seinen Einleitungsvortrag absagen mußte, hat es der junge Philosophiestudent **Volker Erbes** (Universität Tübingen) ebenfalls im letzten Augenblick übernommen, den Einleitungsvortrag zu halten. Der Vortrag fand so begeisterte Zustimmung, daß von den Tagungsteilnehmern spontan der Wunsch geäußert wurde, den Vortrag im Druck erscheinen zu lassen. Diesem Wunsche kommen wir hiemit nach.

Aber noch ein zweiter Grund bewog uns zur Drucklegung: Solch tiefgreifende Gedanken können in einem Vortrag nicht so rasch innerlich verarbeitet werden. Handelte es sich doch um ein Gedankengebäude, dessen Konstruktions-teile sowohl auf ihre Tragfähigkeit, wie auch auf ihre Funktionalität von jedem einzelnen Teilnehmer und Leser untersucht werden müssen, um nicht auch ins „Propagandahafte e i n e s Freiheitspostulates“ zu verfallen, deren es so viele gibt.

Zu dieser Arbeit rufen wir die Leser auf. Das ist keine leichte Aufgabe. Man wird manchen Absatz und manchen Satz mehrmals lesen und durchdenken müssen, um zu einem richtigen Prüfungsergebnis zu kommen. Denn man wird auch die Psyche der Menschen mit in die Prüfung einbeziehen müssen, um zu einem **wahren** Ergebnis zu kommen.

Wir bitten jeden einzelnen Leser, sich dieser Arbeit zu widmen und uns dann das Ergebnis zukommen zu lassen. Sicher werden auch wir daraus lernen — und vielleicht können wir es dann in einem der nächsten Seminare weiter verarbeiten.

Um eines muß ich bitten: Mit freundlicher Zustimmung des Vortragenden habe ich in die Arbeit Hervorhebungen eingebaut. Vielleicht habe ich sie nach Ihrem Prüfungsergebnis oder auch im Sinne des Vortragenden am falschen Platz eingesetzt. Kreiden Sie daher diesen Mangel mir an, nicht dem Vortragendem.

Alois Dorfner

L i n z , Herbst 1967.

Vom falschen Traum der Gesellschaft

Diese Ausführung gilt der Zerstörung einer Illusion. Diese Illusion heißt **bürgerliche Freiheit** und sie setzt mit der unbedenklichen Überzeugung einer abendländisch angereicherten Werteskala von der gewaltsamen Konsequenz des östlichen Kollektivunternehmens sich ab.

Das Spektrum allerdings, in welchem diese hohe Meinung von der eigenen Größe sich färbt, ist ebenso breit als die eigens dazu anberaumten Begriffe, und ist zu den beiden Enden hin, wo es an die verbleibende Wirklichkeit grenzt, blaß und vergänglich.

Horcht man also interessiert herum in der freien Welt, dem Westen, in Ländern der unbegrenzten Demokratie, was es denn sei, die Freiheit oder das Recht, der Arbeitslosigkeit durch permanenten Krieg zur Gesundung in handfester Rüstungskonjunktur zu verhelfen, so lernt man zum Staunen noch ein Gruseln dazu, denn schlecht nur verbirgt sich ein ausschließlicher Wille zur Macht, und Lenins freundliche Information: Freiheit ist gelenkte Aufklärung, scheint nicht nur praktikabel sondern gar noch human, begegnet sie den eigenen Vorstellungen der Westler, die mit Wilson immer noch sagen können, daß, wenn sie Freiheit hören, ihnen eine riesige gut geölte Maschine einfallt, deren abertausend einzelne Teile reibungslos ineinandergreifen.

In der Tat gründet westlicher Optimismus in dem vagen Bewußtsein einer gesellschaftlichen Organisation, welche den Verzicht, vielleicht besser, die Unmöglichkeit, aus den konjunkturgebundenen Formen der keep-smiling-Existenz auszubrechen, mit der fragwürdigen Sicherheit belohnt, die einem Einzelding, einem organisierten Teil bis zu seinem endgültigen Verschleiß zukommen kann: **die Illusion der westlichen Welt besteht darin, daß zeitweiliges Aufgehobensein in einer Gesellschaft, die nur neben der geschlossenen Mauer eines abgedunkelten Kommunismus ihren liberalen Schein behält, bereits für die bare Münze der Freiheit genommen wird.**

Die abenteuerliche Überzeugung dieses Bewußtseins bleibt nicht verborgen. Sie ist die gepflegte Verantwortung der Unverbindlichkeit und der gute Wille als der Hang zur größtmöglichen Bequemlichkeit, zum gesellschaftlichen Schlaf.

I) Gemeinte Freiheit und falsche Träume

a) Die Meinung

Freiheit, die ich nicht meine. Ich meine! — Ich meine, daß jeder auf seine Art glücklich sein soll, glaube nicht, daß die Menschheit je besser wird — ich meine dies, meine aber auch das, sofern es mir nützt und nicht aus dem Rahmen der Belanglosigkeit herausfällt. Ich meine bloß, ich glaube, will mich nicht entscheiden, bin vorsichtig, riskiere nichts.

Hegel war aufs bloße Meinen wenig gut zu sprechen, aufs bloße Beispieldenken, das Zufälliges will, Kontingentes, das Beiherspielende, nicht die Sache

selbst, und von Kant stammt wohl der Satz, daß es Leute gibt, deren Gesichtsradius gleich null ist, das nennen sie dann ihren Standpunkt.

So scheint es bedeutsam, wenn unter den Grundrechten unsrer Verfassung sich eines findet, das genau darauf geht: **freie Meinungsäußerung, zugesichert durch ein Gesetz.**

Gleich neben der verfassungsrechtlichen Erfreulichkeit liegt hier das Mißverständnis: freie Meinungsäußerung, wir dürfen meinen, tun es nach Kräften und sind frei. Den wackern Vertretern der ungehemmten Freiheit aus der losgelassenen Meinung fällt bei dieser entschlossenen Verwechslung von verheißener Möglichkeit und der Kraft, sie auszufüllen, nicht bei, daß die Zubilligung der freien Meinungsäußerung etwas impliziert, das ein Recht auf zwangslose unbeschnittene **Meinungsäußerung** erst einsichtig macht, interessant: **das Recht auf freie Meinungsbildung.**

Untersuchen wir die „freie“ Meinungsbildung in der „westlichen“ Welt, empfangen wir einen gelinden Schock auf den andern. Daß die Mehrzahl der normalen Schulabsolventen von Goethe ebensoviel wissen, wie von Marx, auf den sie schimpfen, nämlich nichts, gilt mit einem Seitenblick auf die Verdienstmöglichkeiten in der besinnungslos fordenden Wirtschaft offenbar als verzeihlich. Daß diese Mehrzahl Abend für Abend aus dem Fernsehgerät mit der gleichen Regelmäßigkeit, mit welcher der deutsche Intellektuelle montagsmorgens den unvermeidlich gewordenen „SPIEGEL“ verzehrt, die in der Schule verdrängte Bildung posthum und gebrauchsfertig empfängt, ist mehr als fragwürdig. Daß der Anteil der staatsunabhängigen Bildungsstätten bei uns weit weniger als ein halbes Prozent ausmachen dürfte, ist praktisch unzulässig. Wahrscheinlich kursieren die Formeln vom deutschen Stimmvieh und der Formaldemokratie nicht zu Unrecht.

Die publicity der Meinung als die Beliebigkeit des Standpunkts in der durchschnittsbürgerlichen Öffentlichkeit ist ein mächtiges Rudiment populärwissenschaftlicher Aufklärung. Seit der von Max Weber geforderten Wertfreiheit in der Forschung, eines methodischen Prinzips innerhalb der Wissenschaft, das auf eine autonome Ausübung derselben sich bezieht, glaubte das Informationswesen in der angesprochenen Öffentlichkeit auf die Trennung zwischen mitgeteilter Tatsache und beurteilender Reflexion nicht mehr verzichten zu können. Wobei durch die perfektionierte Nachrichtentechnik und deren ausschließliche Abhängigkeit vom kommerziellen Kriterium mit der Information das Weltbild sogleich mitgeliefert wurde. Mehr noch: **unter dem ausdrücklichen Verzicht auf beurteilende Reflexion wurde die Information selbst zum herrschenden Faktor der öffentlichen Bewußtseinsbildung. Ihre betonte Unverbindlichkeit wurde als erfrischende Sachlichkeit gewertet und von den einzelnen dankbar aufgenommen anstelle einer anstrengenden Alternative, zu der das Nein oder Ja fehlte.**

Das unreflektierte Faktum bekam die zensierende Stelle eines Urteils eingeräumt. Das Programm dieser Verschiebung ließ aber nicht lange auf sich warten,

fand als Pluralismus ein gesichertes Auskommen in der Gesellschaft. Wenn keiner fragt, ob dieser gebotenen Information denn eine veränderbare und auf Veränderung wartende Realität entspricht, so ist der fruchtbare Streitpunkt der versuchten Wahrhaftigkeit dahin, der Kopf bleibt weiter unbelastet und das bürgerliche Miteinander funktioniert ganz reibungslos. Pluralismus gewann so die geschätzte Bedeutung, daß in der Wiedergabe der aufgenommenen Informationswerte die gleiche Unverbindlichkeit liegen mußte, die auch das unreflektierte Faktum an sich hat. **Damit ist im pluralistischen Bewußtsein keine andere Gewißheit als die, daß Meinung alles ist, Wahrheit nichts, wenn sie einen Entschluß verlangen sollte, der über das Maß der verfügbaren Klischees hinausgehen wird.**

b) Die Negation einer Verbindlichkeit zugunsten des Standpunktes.

Jedermann kann allerdings einen Widerspruch nicht beiseite schaffen, der den Pluralismus an seiner empfindlichsten Stelle trifft: warum wehrt sich die westliche Demokratie so entschieden gegen die östliche Praxis der gelenkten Aufklärung und ihrer Ideologie? Östliche Ideologie ist weiter nichts als eine Meinung, ein Standpunkt wie er unter vielen angenommen werden kann. Rechnen wir einmal ab, daß gegenwärtig etwas stark nach links zu treten modisch ist, so gerät das pluralistische Postulat einer relativistischen Haltung allenthalben ins Wanken, denn tatsächlich dürfte es schwierig sein, die Freuden und Vorzüge westlicher Demokratien überzeugend zu beweisen ohne das Zugeständnis einer allgemeingültigen Strukturierungsmöglichkeit und damit einer auffindbaren Wahrhaftigkeit. Über den Hinweis, daß empirische Nuancen allein den berühmten Unterschied bestimmen, lachen wir: Vietnam ist die stärkste Widerlegung der These von der Freundlichkeit der westlichen Welt. Will dieselbe **ihre** Freiheit, die **sie** meint, also glaubwürdig machen, gerät sie in beträchtliche Verlegenheit, denn Freiheit, **die sie meinen**, fällt unter dieselbe Unverbindlichkeit, welche die Bewohner unsrer Demokratien eben noch so praktikabel fanden. Gängige Vorstellungen demokratischer Freiheit sind synonym mit Meinung: soweit kann ich mich äußern, als dem andern ich den Knopf nicht von der Jacke reiße, sein gesamtes Volumen ich nicht antaste. Die Freiheit des einen geht so weit als die Freiheit des andern anfängt. Würde es Ihnen etwas ausmachen, wenn ich ehrlich und dabei noch ein wenig präziser bin? So lassen Sie uns genauer formulieren: die Meinung des einen geht so weit als die Meinung des andern anfängt. Finden Sie einen Unterschied? Ich hoffe nicht.

c) Der Traum im Käfig

Daß die westliche Welt ihr Bewußtsein der Freiheit an der Theorie der Meinung schult und in der Praxis den Fortschritt erzielt, schon bei der nächsten zu sein, gibt ihr den Schein der positiven Regsamkeit, dessen frischleuchtende Farben die unverkennbaren Zeichen des Werbeprospekts ein gutes Stück zu deutlich tragen. Das Propagandahafte unseres Freiheitspostulats macht seine heimlichen Unisono-Gesänge mit dem Generalthema der konsumfreudigen

Gleichgültigkeit unüberhörbar. Nein, ideelle Freiheit ist es nicht, die wir meinen, die nicht verzehrt werden kann, verschlungen und vergessen wie Nachricht, Information, Meinung, Konserve. Auf die Frage: Freiheits — wozu?, herrscht betroffenes Schweigen, denn so leicht wird nicht zugegeben, daß die vorwiegenden Interessen auf Grund der Kurse in Konjunktur der Freiheit eine Chance geben. Freiheit, die sie meinen, zerfällt so unter der Herrschaft des auf Konsumtion gemachten Realitätsprinzips in zwei Momente auseinander, deren gesellschaftliche Funktionen weitgehend geschieden sind: in **äußere** und **innere** Freiheit.

Unter **innerer Freiheit** wird zunächst alles verstanden, was den Erwägungen des einzelnen Subjektes angehört, die Motivationen seines Handelns, sofern sie in sich reflektiert sind, also Bedingungen schaffen, welche die Kausaldetermination, unter dem das einzelne Subjekt steht, im Entscheidungs Augenblick durchbrechen um eine neue Ursache zu setzen, die den weiteren Prozeß als **gesellschaftlichen** final bestimmt.

Äußere Freiheit dagegen bezeichnet den Raum, in welchem die angedeuteten Motivationen sich konkretisieren können, ist also die Möglichkeit, die innere Entscheidung auszutragen. **Äußere Freiheit wäre so der gesellschaftlich zulässige Aktionsradius des einzelnen Subjekts.**

Da nun aber praktisch **j e d e r** einzelne Aktionen in der Gesellschaft vollzieht, welche nach Maßgabe seiner subjektiven Vorstellungen intentioniert sind, ist unschwer einzusehen, daß, soll das Verwirklichen der subjektiven Motive überhaupt diskutabel sein, sie durch die gesellschaftliche Struktur zuallererst determiniert sind. Diese Struktur aber ist nicht von vornherein gegeben, sondern durch das Verhalten der einzelnen wiederum bestimmt. Wollte man dieses komplexe Verhältnis von innerer und äußerer Freiheit nun als Grundlage gemeinschaftlicher Verhaltensrichtlinien anerkennen, stieße man sicher auf massiven Widerstand, denn für den Durchschnittsbürger hieße das, mit allen gesellschaftlichen Tendenzen in offener Verbindung zu bleiben, was eine beständige kritische Prüfung seiner eigenen Stellung bedeuten würde. **Für den Mann des gesellschaftlichen Einflusses aber würde es die Preisgabe seiner Macht bedeuten, die er gerade durch einen allgemeinen Verblendungszusammenhang behauptet.**

Die Konstruktion der Freiheit in der westlichen Welt ist so ein Analogon zu ihrer pluralistischen Struktur. Denn ist das einzelne Subjekt in seiner persönlichen Meinung an keinen Maßstab gebunden, so wird es, zumal durch die Form der fungiblen Wettbewerbswirtschaft gegenwärtig eine relative bis optimale Existenzbedingung gegeben ist, diese naheliegende Möglichkeit mit seiner Freiheit identifizieren. Diese partielle Identifizierung der materiellen Schwerpunkte mit der persönlichen Freiheit des einzelnen hat den unwiderleglichen Vorteil, daß dieser einzelne den Bereich seiner Möglichkeiten leicht überschauen kann, da von allen Seiten her jedermann das gleiche tun wird. Die Struktur der Gesellschaft zerfällt so in einzelne Zuständigkeitsbereiche, die unter dem Gesichtspunkt der

Unwiderleglichkeit der subjektiven Meinung jedoch vollständig voneinander getrennt sind und aus der mißtrauischen Haltung des opportunistischen Standpunkts heraus vorderhand unversöhnlich gegeneinanderstehen.

Ebenso wie die Meinung den Stolz ihres Besitzers ausmacht, weil er von ihr nicht abgeht, ist gemeinte Freiheit, welche aus einer pragmatisch verstandenen Gesellschaft sich herleitet, eine Art Grundbesitz geworden, der in bestimmtem Umfang dem Glücklichen – aber eben dem Glücklichen – zur Verfügung steht und bei entsprechender Bebauung unter Umständen das Gärtlein des nächsten übertrifft.

Das Abgrenzende, Gleichgültige, schlechtweg Apodiktische der Meinung, ihre unter allen Umständen angepaßte und unverfängliche Form, eignet ebenso der Freiheitsvorstellung pluralistischer Konvenienz: Freiheit ist das subjektive Ausmaß des einzelnen soweit es an dem subjektiven Ausmaß des andern eine entschiedene Grenze findet. Das aber besagt eine radikale Trennung zwischen innerer und äußerer Freiheit. Denn einmal ist nach dieser Definition – die Freiheit des einen geht soweit als die Freiheit des andern beginnt – Freiheit dasjenige, was die Individuen voneinander trennt, indem ihr subjektives – oder inneres – Moment nur soweit gesellschaftliche Realität beanspruchen kann, als die übrigen Individuen gewillt sind, dieses Moment in der Reihe ihrer eigenen Interessen zuzulassen (deren Summe aber die äußere Freiheit ja repräsentiert). Da in dieser Auseinandersetzung nun unterschlagen wird, daß die andern diese äußere Freiheit durch nichts anderes gewähren als durch ihre Position, ihre Machtstellung, demnach wieder durch ihre innere Freiheit, muß die gelieferte Definition nicht nur unsinnig erscheinen, sondern auch – und das ist ihre einfache Konsequenz – gefährlich. **Da nämlich kein verbindlicher Maßstab unter der pluralistischen Forderung existiert außer dem demokratischen Stimmprinzip, das aber seinerseits wieder von den Mechanismen der meinungsbildenden Informationsmonopole und deren Machtkonsolidierung abhängt, ist es unwahrscheinlich, daß der Stimme ein Höchstmaß an äußerer Freiheit zugestanden wird, die durch Einsicht eine Veränderung eben dieser Machtverhältnisse anstreben würde.** Das genaue Gegenteil wäre der Fall, denn Einsicht bedeutet Verlust an Privilegien, an denen allein die Vertreter des demokratischen Stimmprinzips interessiert sind. Der Dualismus von äußerer und innerer Freiheit ist gesellschaftliche Manifestation von Gewalt.

Dann – zweitens – kann dieser Definition nach über die Natur der Freiheit widersprüchlicherweise nichts ausgesagt werden, weil, indem der einzelne zwischen seinem Verhalten und dem Verhalten des andern eine unübersteigbare Grenze aufrichtet, er Freiheit nicht als kommunikative Funktion begreift, sondern sie – als Anspruch, der auf einen Anspruch stößt – von vornherein mit seinem unreflektierten Verhalten schon gleichsetzt.

Entgegen dem dauernden Ruf, daß Freiheit eine Aufgabe sei, ein Unternehmen, ihre Tatsache kein Besitz, vielmehr ein Wagnis, ist die pluralistische Gesellschaftsstruktur der westlichen Welt die starre Befestigung dieser Freiheit,

denn ihr Verständnis als ein persönlicher Spielraum, welcher durch den Spielraum des andern eingegrenzt wird, läßt die Aktivität des einzelnen Subjekts in den durchgehend feststehenden Verhaltensmustern dieser isolierenden Erfolgswelt und ihrer Ideologie des unbegrenzten Konsums bei geistigem Zellendasein, versteinern.

Freiheit die ich meine! Ursprünglich bedeutete es Freiheit, die ich minne, liebe. So will jedenfalls Max von Schenkendorf, der Verfasser des bekannten Liedes, es verstanden haben. Freiheit also, die zu lieben ist, zu wünschen wäre, meint er, Freiheit, für welche einiges eingesetzt wird. Er meint noch lange . . .

II) Die drei Funktionen der Freiheit und ihre Unteilbarkeit

Freiheit selber als ein gesellschaftliches Kriterium ist nicht zu erweisen, weil, sobald der einzelne zu seiner Sache sie machen will, er sofort auf Widerstand stößt, denn die andern Subjekte verfahren ihrerseits genau so und im sozialen Konflikt fällt Freiheit damit immer wieder in äußere und innere auseinander, was zwangsläufig eine Isolation der Individuen – wie wir zu zeigen versuchten – zur Folge hat.

Da Gesellschaft aber nicht aus voneinander getrennten Individuen besteht, vielmehr gerade durch die Bezüge dieser Individuen untereinander definiert ist, müssen wir Freiheit als einen konstituierenden Begriff aufgeben und versuchen, ihre möglichen Funktionen innerhalb der verschiedenen gesellschaftlichen Beziehungen neu zu entwickeln.

An gesellschaftlichen Beziehungen lassen sich drei Arten des vermittelten Existierens unterscheiden:

1. die **Beziehung des einzelnen zum einzelnen,**
2. die **Beziehung der Gesellschaft zum einzelnen,**
3. die **Beziehung des einzelnen zur Gesellschaft.**

Die Existenzbereiche dieser Vermittlungen sind:

1. für die **Beziehung des einzelnen zum einzelnen die Wirtschaft,**
2. für die **Beziehungen der Gesellschaft zum einzelnen der Staat,**
3. schließlich für die **Beziehung des einzelnen zur Gesellschaft die gesamte Kultur.**

Die Funktionen der Freiheit nun innerhalb der einzelnen Teilbereiche manifestieren sich in den ökonomischen Beziehungen des einzelnen zum einzelnen als **Anspruch**, in der Beziehung der Gesellschaft zum einzelnen als **Recht**, im Kulturbetrieb schließlich als **Pflicht** des einzelnen der Gesellschaft gegenüber.*)

*) Siehe Schema, Seite 18

a) Der Anspruch

Was gesellschaftliches Mißbehagen brachte, war immer das ökonomische Spannungsverhältnis von Herr und Knecht. Wurden sie vorübergehend einmal Ausbeuter und Ausgebeutete genannt, so existieren sie als legitimierter Bodenbesitzer und ungefragter Grundrentenzahler, als Werbepsycholog und verführter Konsument weiter.

Das Verhältnis Herr – Knecht ist ein Verhältnis von Subjekt und Objekt. Das Subjekt, der Herr, glaubt, daß er auf Grund seines ökonomischen Anspruchs die richtige Einstellung zur übrigen Welt hat, indem er das Objekt, den Knecht, sich dienstbar macht. Denn das Objekt, so ist die Meinung des wirtschaftlichen Subjekts, kann als das Gegebene hingenommen werden, steht also zur materiellen Verfügung. Dem Subjekt entgeht dabei, daß zum einen es vorschnell das Objekt mit seiner wirtschaftlichen Absicht identifiziert, es folglich als ein ebensolches Subjekt mit gleichem Anspruch negiert und zum andern, daß es ja selber nur insofern als das herrschende Subjekt sich fühlen kann als den anderen es zum Objekt macht: die Illusion der Gewalt bleibt solange bestehen als dieses stillhält.

Gerade aber das Verhältnis Herrschaft – Knechtschaft, welches auf einem fixierten Anspruch beruht, zeigt, daß der Anspruch eine Funktion der Freiheit ist: der Herr ist der äußerlich Freie, weil er den Knecht zwingt, welcher aber der innerlich Freie genannt werden kann, denn er ist es, der durch die Bewältigung der Arbeit sich selber erfährt und auf dessen Leistung der Herr sein Trugbild der Macht aufrichten kann. Indem der Knecht aber durch die Arbeit jedoch sich selber auch als Subjekt erfährt, wird er sich der Unvollständigkeit seiner bloß inneren Freiheit bewußt. Dieses Bewußtsein ist gleichzeitig das des Unrechts des Herrn, der seine, des Arbeitenden, ungeteilte Freiheit ihm vorenthält. Da sich nun der Knecht ebenso als ein Subjekt weiß, geht sein Anspruch auf die ungeteilte also äußere und innere Freiheit, die weder der Herr noch er besitzt. Indem er aber sich als den Herrn einsetzt, diesen in seine Gewalt nimmt, wird gegen die blinde Macht des Herrn lediglich eine andere getauscht. Es entsteht ein bloßer Stellungswechsel zwischen Subjekt und Objekt, der entweder – wie das die Bauernkriege zeigen – nicht von langer Dauer ist und jeden Augenblick wieder umschlagen kann, oder der, wenn er institutionalisiert ist wie etwa in den Gewerkschaften, das Abhängigkeitsverhältnis von Grund auf nicht löst.

Jedesmal arbeitet Zwang gegen Zwang, Anspruch stößt auf Anspruch, Freiheit bleibt bei beiden, Herr und Knecht, Illusion.

Gesucht werden muß jetzt nach dem ökonomischen Mittel, dessen sich der subjektive Anspruch bedient, seine Macht auf Kosten des von ihm als Objekt mißverstandenen andern Subjekts einzurichten. Dieses ökonomische Mittel muß den Anspruch sowohl des Subjektes als auch des Objektes beinhalten, da der Anspruch in seiner bloßen Umkehrung der gleiche ist.

Die Beziehung des **einzelnen zum einzelnen** in der Wirtschaft spielt sich in der Zirkulationssphäre ab, also da, wo die Waren als Leistung des einzelnen gegen die Waren als Leistung des anderen ausgetauscht werden, Produktion und Konsumtion also vermittelt sind. Dabei ist der Produzent der Konsument, denn seine Produkte werden unter dem Zwang seiner eigenen Nachfrage hergestellt. Der Konsument ist dabei der Produzent, denn nur seine angebotene Leistung entscheidet über die faktische Möglichkeit, seine persönlichen Bedürfnisse zu befriedigen. Das ökonomische Mittel ist somit die Zirkulation selbst, dargestellt im Geld. Das Geld, indem es Produktion und Konsumtion vermittelt, impliziert sowohl den Anspruch des einen Leistungsgebers als Produzent, als den des andern Leistungsgebers als Konsument. Geld existiert nur insofern, als eine volkswirtschaftliche Leistung durch eine andere gedeckt ist, mit der sie dann vermittelt wird. Da Geld sich aber aus der überkommenen Tauschwirtschaft entwickelt hat, ist seine gesellschaftliche Fehlfunktion als Machtmittel noch nicht aufgehoben, wird im Gegenteil bewußt als ein solches noch gepflegt. Denn als Machtmittel schafft Geld gerade das ökonomische Verhältnis, welches als die Struktur von Herrschaft und Knechtschaft uns bekannt ist, nämlich eine gesellschaftliche Position, die auf Grund der Arbeit eines andern genossen wird, also arbeitsloses Einkommen.

Arbeitsloses Einkommen kann bezogen werden direkt aus dem Kapital, einem Marktverhältnis also, das aus dem sogenannten Geldstreikmonopol sich bildet, oder aus dem natürlichen Monopol des Bodens als Grundrente, oder aber aus der Arbeit selbst durch den allgemeinen Lohnnexus. Alle diese drei Primärquellen des arbeitslosen Einkommens sind gespeist durch ein falsches Bewußtsein vom ökonomischen Mittel, dem Geld. Denn solange Geld in der Rolle eines Tauschmittels gesehen wird, **als eine Art der Ware demnach, die einen selbständigen Wert hat, verschiebt sich das Gewicht der reinen Leistung auf den faktischen Besitz des Geldes** und die von ihm aufgekauften Leistungen anderer brauchen nicht durch eigene gedeckt zu sein. Geld demnach ist kein Tauschmittel sondern eine Leistungsfunktion der Arbeit; Geld bedeutet, daß eine Leistung nur als Anspruch besteht, weil sie mit einer andern Leistung über den Mechanismus von Angebot und Nachfrage bereits vermittelt ist.

Geld als Tauschmittel betrachten heißt, die in ihm vermittelte Arbeit als Ware wieder verdinglichen, heißt also das arbeitende Subjekt im Geldbesitzer wieder zum Objekt machen, in die Struktur Herrschaft – Knechtschaft zurückfallen, darin der Anspruch des wirtschaftlich Mächtigeren den Anspruch des von ihm Unterdrückten vollständig kompensiert, in sich aufnimmt.

So wird die Beziehung des einzelnen zum einzelnen in der Wirtschaft zerstört, weil durch die Verdinglichung des arbeitenden Subjektes im Machtmittel Geld seine – dieses Subjektes – **ökonomische Funktion der Freiheit, der Anspruch nämlich, nicht in Gegenseitigkeit gestellt werden kann, sondern einseitig von der Herrschaftsschicht gemacht wird über den Rücken der andern.**

Soll der ökonomische Prozeß einer durchgehenden Gegenseitigkeit zugeführt werden, durch entscheidende Geldreform also, die eine Bodenreform sowie eine Aufhebung des Lohnnexus in Partnerschaftsorganisationen nach sich ziehen würde, so reicht der Anspruch als die ökonomische Funktion der Freiheit nicht mehr aus, weil die Unschädlichmachung der wirtschaftlichen Macht und die Sicherung des Anspruchs eines jeden einzelnen eine Frage der Institution ist. **Vom Anspruch, der die gesellschaftlichen Beziehungen des einzelnen zum einzelnen beherrscht, kommen wir damit zum Recht, der Beziehung der Gesellschaft zum einzelnen.**

b) Das Recht

Der Anspruch als das erste, unterste Moment der Freiheit untersteht dem dialektischen Verhältnis von Subjekt und Objekt, das aber immer wieder in Einseitigkeit auseinanderfällt, in den Dualismus von äußerer und innerer Freiheit, von Zwang und Ohnmacht also. Die Ursache hierfür liegt darin, daß das jeweils unterdrückende Subjekt, das Gewaltprinzip, seine Machtposition nicht reflektiert, also selber bloßes Objekt bleibt, sich dessen nur nicht bewußt wird und seine Illusion der unumschränkten Gewalt über das von ihm gemachte Objekt eben diesem verdankt. Dieser andere nun, zu sich selbst gekommen durch die Arbeit, stellt den gleichen Anspruch wie der erste, ihn Unterdrückende: damit aber, daß alle diesen Anspruch stellen, ist die durchgehende Gegenseitigkeit der Gesellschaft gegeben. Da jeder sich sagen muß, daß sein Anspruch auch der des andern ist, sein Anspruch aber nur Hoffnung auf Verwirklichung hat, wenn er allen andern den ihren in gleichem Umfange zugesteht, so tritt eine spezifische Identifizierung des einzelnen mit allen andern ein: aus der Gegenseitigkeit der Individuen, ihrem faktischen Aufeinanderangewiesensein, wird die Gleichheit. Aus dem Anspruch, welcher in der Gegenseitigkeit lag, wird das Recht. Darin haben wir das zweite, reflektierte Moment der Freiheit. Die reflektierte Beziehung des einzelnen zum einzelnen wird, da in dieser Reflexion der einzelne sich mit allen übrigen gleichsetzen muß, die Beziehung der Gesellschaft, die der einzelne in dieser Reflexion ja ist, zum einzelnen. Das dialektische Verhältnis der ökonomischen Beziehungen ist damit in einem Identitätsverhältnis der rechtlichen Beziehungen aufgehoben.

Das richtige Mittel, in dem diese Aufhebung sich vollzieht, ist die Verfassung.

Die Gefahr nun, welche bei der Aufhebung des subjektiven, einseitigen Anspruchs im Recht besteht, ist die der Verselbständigung dieses Rechtsapparates, eine relative bis totale Omnipotenz des Staates. Dabei nimmt die staatliche Gewalt sozusagen die ihr anvertrauten Ansprüche der einzelnen völlig in sich auf um sie zu ihren eigenen zu machen, eine politische Praxis, welche in kommunistischen Ländern das Legitime ist, in westlichen nicht selten zur Gewohnheit wird. Man denke an soziale Wohlfahrt und Versicherungswesen, deren staatliche Reglementierung aus einer Notlage heraus zunächst den existenziellen Ansprüchen

der einzelnen entsprach, langsam aber zu einem ausschließlichen Politikum, einem staatlichen Einflußgebiet wurde. Das gleiche gilt für die staatlichen Monopole wirtschaftlicher Art, wobei durch die unwiderlegliche Machtstellung des Staates der im Recht gesicherte und gleichzeitig entschärfte, gewissermaßen gereinigte, Anspruch der einzelnen, die gutgläubig alle im Staat um ihrer Sicherheit willen sich identifizierten, wieder fraglich gemacht wird.

So wäre zu prüfen, ob das rechtliche Mittel der Verfassung das Vertrauen der individuellen Ansprüche, die in ihr aufgehoben sind, nicht enttäuscht durch eine staatliche Subreption derselben. Gewaltenteilung zwar scheint dieser Gefahr wirksam zu begegnen. Indes bei genauerem Hinsehen zeigt sich, daß die allerdings großen Verfassungsbücher der westlichen Welt sehr brach liegen und Verfassungswirklichkeit unter wohlfahrtsstaatlicher Propagierung mühsam nur deren Machtmechanismen verbirgt.

Die Tatsache, daß das bundesdeutsche Parlament aus bezahlten Abgeordneten sich zusammenfindet, die Mehrheitsbeschlüsse also finanziell sanktioniert sind, läßt Gesetzgebung im Sinne unserer liberalen Verfassung mehr als bedenklich werden. Gruppeninteressen haben hier nicht wenig auszurichten. Weil etwa der Bauernverband über 17 % der Wähler verfügt, vermag er durchweg einen starken Druck aufs Parlament auszuüben, auf diese Weise Gesichtspunkte und Bestrebungen, welche den Wünschen der Bauern unter allen Umständen übergeordnet sein müßten, unter den Tisch zu fegen. Es darf nur an die vorhin angedeutete Bodenreform erinnert zu werden um Begriffe zu bekommen, mit welchen Emotionen der Vorschlag einer Umstrukturierung unsrer bestehenden Verhältnisse zu rechnen hat.

Die Rechtsprechung ist im gleichen Maße höchst antiquiert, richterliche Gewalt hat keineswegs die ihr zustehende Unabhängigkeit und ist an Gesetze gebunden deren Unzulänglichkeit und Altertum nicht einmal mehr von der Satire getroffen werden können. Eine Exekutive schließlich, die jede Stunde aus einem verkündeten Notstand über uns herfallen kann, gibt mitnichten die Sicherheit um die es dem Wähler doch vor allem ging.

Der gesicherte Anspruch des einzelnen, das Recht als das zweite Moment der Freiheit, ist damit der Verschiebung der Gewalt auf den Staat als anonyme Apparatur wieder ausgeliefert. Kann es jedenfalls – und eine kritische Beobachtung unserer Demokratien läßt über die Tatsachen nur wenig Zweifel.

Zu fragen wäre hier, wo doch der Wirtschaft eine weitgehend liberale Entfaltung gewährt wird, ob wir eine zunehmende Machterweiterung des Staates auf Grund der von uns ihm anvertrauten Ansprüche als rundweg tödlich anzusehen haben. Die Erklärung liegt in der Einsicht, daß das Recht – der verfassungsmäßig gesicherte Anspruch der wilden Freiheit, die immer wieder in äußere und innere auseinanderbrach – als geregelte Freiheit noch nicht das Ganze ist, das wir von der Gesellschaft erwarten.

Recht, das zweite Moment der Freiheit, lebt von der Bedingung der Gleichheit, der spezifischen Identität aller einzelnen als Gesellschaft. Darin aber ist es noch blutleer, steril. Recht sichert zwar die Möglichkeit der Verfassung, nicht aber deren Inhalte. Es wäre im Gegenteil nun gerade diese Konsequenz des staatlichen Apparates zu fürchten. Die Gleichheit im Recht, die Identität, muß vielmehr, da sie um des einzelnen willen verfassungsmäßig konzentriert war, nach diesem einzelnen wieder aufgelöst werden, der seinen Anspruch erst jetzt in seiner eigensten persönlichen Form neu stellen kann. **Von der Beziehung der aus allen einzelnen verfaßten Gesellschaft zum einzelnen gelangen wir so zur dritten vermittelten Existenz, zur Beziehung des einzelnen zur Gesellschaft, vom Recht zur Pflicht.**

c) Die Pflicht

Neben dem Anspruch, dessen Relevanz eine vorwiegend ökonomische ist und dem Recht, welches den Anspruch in der verfaßten Gesellschaft, dem Staat, vertritt, gelangen wir, indem wir dieses Recht als den wiedergekehrten Anspruch verstehen, zum übergeordneten Phänomen der Pflicht, der Beziehung des einzelnen zur Gesellschaft. Pflicht ist das dritte Moment der Freiheit, sozusagen ein reziproker Anspruch, der in sich selbst reflektiert ist und daraus eine Intention trägt.

Dieses dritte Moment ist der Beweggrund des Kulturbetriebs. Keiner kann über ein wissenschaftliches Experiment, seine Notwendigkeit, seine Bedeutung etwas ausmachen, wenn nicht der Forscher selbst. Keiner kann darüber bestimmen, kann es wichtig finden oder unangebracht ob ein Buch geschrieben wird, wenn nicht der Autor selbst.

Beziehung des einzelnen zur Gesellschaft ist Selbstverantwortlichkeit, will das Subjekt aus eigenem Entschluß den andern Subjekten gegenüberreten, so aus dem Bedürfnis, etwas von ihnen zu rezipieren oder diese Gesellschaft umzuprägen, zu verändern. **Pflicht in diesem Umfange ist Mündigkeit, zur Bildung einer Gesellschaft bereits vorausgesetzt.**

Treffen wird im ökonomischen Anspruch aller Individuen auf eine *Dialektik* der Beziehungen, im Rechtsleben dagegen auf eine *Identität* der Individuen als verfaßte Gesellschaft, so ist Kultur bestimmt durch die durchgängige Abhängigkeit des in sich reflektierten Subjekts von allen andern in sich reflektierten Subjekten, durch *Interdependenz*. Diese Interdependenz ist zugleich das Gesetz der vorher behandelten Existenzbereiche, denn wie eine Wirtschaft sich entfaltet, ein Staat in seinen Funktionen der Gewalteinteilung aktiv ist, hängt von der Bewußtseinsstruktur seiner Individuen ab, Kultur impliziert wortlos ökonomisches und rechtliches Gelingen. Daß dadurch aber, indem sie Wirtschaft und Rechtsleben ausformt, sie rückläufig sich selber wieder determiniert, macht ihre komplexe Gesetzmäßigkeit aus: das Prinzip der Mündigkeit ist — obwohl angestrebtes Fernziel — erste Bedingung des gesamten

Gesellschaftsunternehmens. **Die zaghaften Bedenken und Überlegungen des ersten Teils unsrer Ausführung werden hier erneut opportun. Denn wer unsre Mündigkeit macht, das interessiert auch mich.**

Ist die Gefahr, daß der Staat die in ihm verfaßten Ansprüche aller zu seinen eigenen macht, die angedeuteten ökonomischen Reformen also nicht durch rechtliche Institutionen sichert, sondern die Stabilisierung der Konjunktur durch Teil- oder Totalreglementierungen sich vorbehält, so nimmt die Übertragung dieser subreptierten Ansprüche auf die Kultur unweigerlich diktatorische Ausmaße an. Dies bedeutet nämlich, daß die Beziehung des einzelnen zur Gesellschaft, die Pflicht aus der Mündigkeit, wieder in die verteilende Beziehung der Gesellschaft zum einzelnen — wie im Rechtsleben — zurückgeholt wird. Das ergäbe eine exakte Umkehrung der gesellschaftlichen Struktur: wir sehen uns vor der absurden Tatsache, daß die Pflicht, die Beziehung des einzelnen zur Gesellschaft, welche durch das aus dem Anspruch entwickelten Recht gefordert wird, dasselbe zu aktualisieren, von staatlicher Apparatur wieder eingezogen wird, indem staatliche Macht die Bestimmung der Mündigkeit als ihre Sache erklärt. Dabei wird stillschweigend vorausgesetzt, daß unter diesen Umständen von einer staats- und das bedeutet hier einer ideologieunabhängigen Wirtschaft nicht mehr gesprochen werden kann; **kulturelles Einflußgebiet ist für den Staat ökonomische Nötigung; wer zahlt, schafft an.**

Der beschämenden Wirklichkeit, daß die öffentliche Hand die Pflicht der einzelnen, deren Verantwortung zur Gesellschaft, einfach an sich genommen hat, wird generell mit dem Einwand begegnet, die brutale Unfähigkeit der breiten Masse, ihr geistiges Bedürfnis zu erkennen und zu realisieren, ließe sich verschärfende zentrale Planung unvermeidlich werden. Unterschlagen wird hier zunächst, daß, obwohl dieser breiten Masse die Unmündigkeit erklärt wird, man bei den Wahlen offenbar ihr unumschränkte Mündigkeit zugesteht, ja, das Paradox spannt sich so weit, daß die Unmündigen gar selbst noch wählen dürfen, wer den Grad ihrer Unmündigkeit bestimmt. Wir glauben, in dieser heuchlerischen Gebärde liegt die Brutalität, deren man die breite Masse — und wer ist das schon? — beschuldigen möchte.

Gibt es eine breite Masse, welche durch geistige Unmündigkeit gekennzeichnet ist, so ist nicht sie schuld an einem relativ niederen Bildungsstand; aber daß der Bildungsstand die Funktion eines unflexiblen, statischen, zentral reglementierten Schul- und Hochschulwesens ist, trägt die Schuld an diesen breiten Massen. Aber genau, wie das Prinzip der staatlich produzierten Kultur die Pflicht des einzelnen zu der immer ihren macht, soziale Beziehungen also exakt umkehrt, wird auch hier Ursache und ihr Effekt ins Gegenteil verkehrt, staatliche Reglementierung ist Frohbotschaft, welche der gefallen Kultur rettend und vereinfachend scheint. Dabei verliert niemand auch nur ein Wort darüber, daß der ausgerufene Bildungsnotstand keinesfalls einem allzu liberalen Bildungswesen auf dem Fuße folgte, vielmehr der geistige Stand seinen Rekordtiefpunkt langsam erreicht nach

nun fast 200 Jahren ständig sich verschärfender staatlicher Reglementierung in der Kultur.

Blind und gerissen aber sind die Hüter des Volks. So braucht kein Ehepaar sich mehr zu sorgen um die geistige Verpflegung ihres Kindes. Ehe noch recht geboren, ist sein Gang durch eine bestimmte Volksschule, ein bestimmtes Gymnasium vielleicht noch, schon festgelegt, Schulgeldfreiheit sichert das dem Staate notwendige Minimum an verantwortlicher Reflexion seitens der Eltern. Daß in Steuern sämtliches Schulgeld und mehr von vornherein der öffentlichen Hand schon verabreicht wurde ist weit mehr als eine freundliche Vereinfachung des subventiven Zahlungsverkehrs: dadurch, daß die ökonomische Sicherung des Bildungsgangs immer schon geregelt ist, taucht das Problem der Erziehung der Kinder für die Eltern gar nicht erst auf. Mitbestimmung der Kultur ist in diesem Falle eine zynische Behauptung, Elternrecht eine unverständliche Zumutung.

Aus einem historisch bedingten Mißtrauen gegen Freiheit verfallen parlamentarische Kreise ebenso immer wieder auf kollektive Maßnahmen als die Resignation der enttäuschten Öffentlichkeit an dieser Pauschalabfertigung des Bildungswesens die Bestätigung ihrer Flucht vor der Freiheit findet. Die Unterlassungssünde ist, daß eine liberale Strukturierung des Bildungswesens überhaupt nicht in Erwägung gezogen wird und die Öffentlichkeit, wo überhaupt dieses heikle Thema sie streift, froh ist, wenn ihre Verantwortung, welche durch Bau-sparverträge und Neuanschaffung von Stilmöbeln auf Teilzahlungsbasis hinreichend ausgelastet ist, von der ruhig und zentral planenden Hand der Staatsausschüsse überspielt wird. Dabei bedarf es nicht einmal des schlechten Gewissens und der sprechenden Erfahrung der Vergangenheit, um den Satz aufzustellen, daß Demokratie und staatliche Kulturhoheit unvereinbar sind, weil Mündigkeit, Verantwortung nicht übertragbar ist, kein Staat der Pflicht seiner Bürger sich annehmen kann ohne gleichzeitig damit sein Gesicht zu verlieren und seine Absichten als kalte Interessen zu zeigen.

Die logische Konsequenz aus dem Recht, der Beziehung der Gesellschaft zum einzelnen, ist eben, daß dieser einzelne nun aus sich heraus in Beziehung zur Gesellschaft tritt. Staatliches Bildungsmonopol würde den Weg dieser Beziehung an sich reißen und damit die Gesellschaft um den Sinn des von der im Staat verfaßten Gesellschaft selbst erklärten Rechts bringen.

Allein aus dieser Erwägung heraus ist Mündigkeit – der Stoff unsrer Pflicht als dem dritten Moment der Freiheit – nur als eine Sache der Beziehung des einzelnen zur Gesellschaft und deren undiktiertem kulturellen Angebot aus der gleichen Beziehung zu verstehen. Da das Wirtschaftsleben als auch das Rechtswesen in einem interdependenten Verhältnis zur Kultur und ihren Bildungsmechanismen steht, so folgt daraus, daß ohne eine freie Kulturstrukturierung, in der die einzelnen in unreglementierte Beziehungen treten können, wirtschaftliche

Freiheit eine massive Illusion bleibt und das Recht eine bloße Furie, vor der man sich nicht einmal mehr in acht nehmen kann.

Zusammenfassung

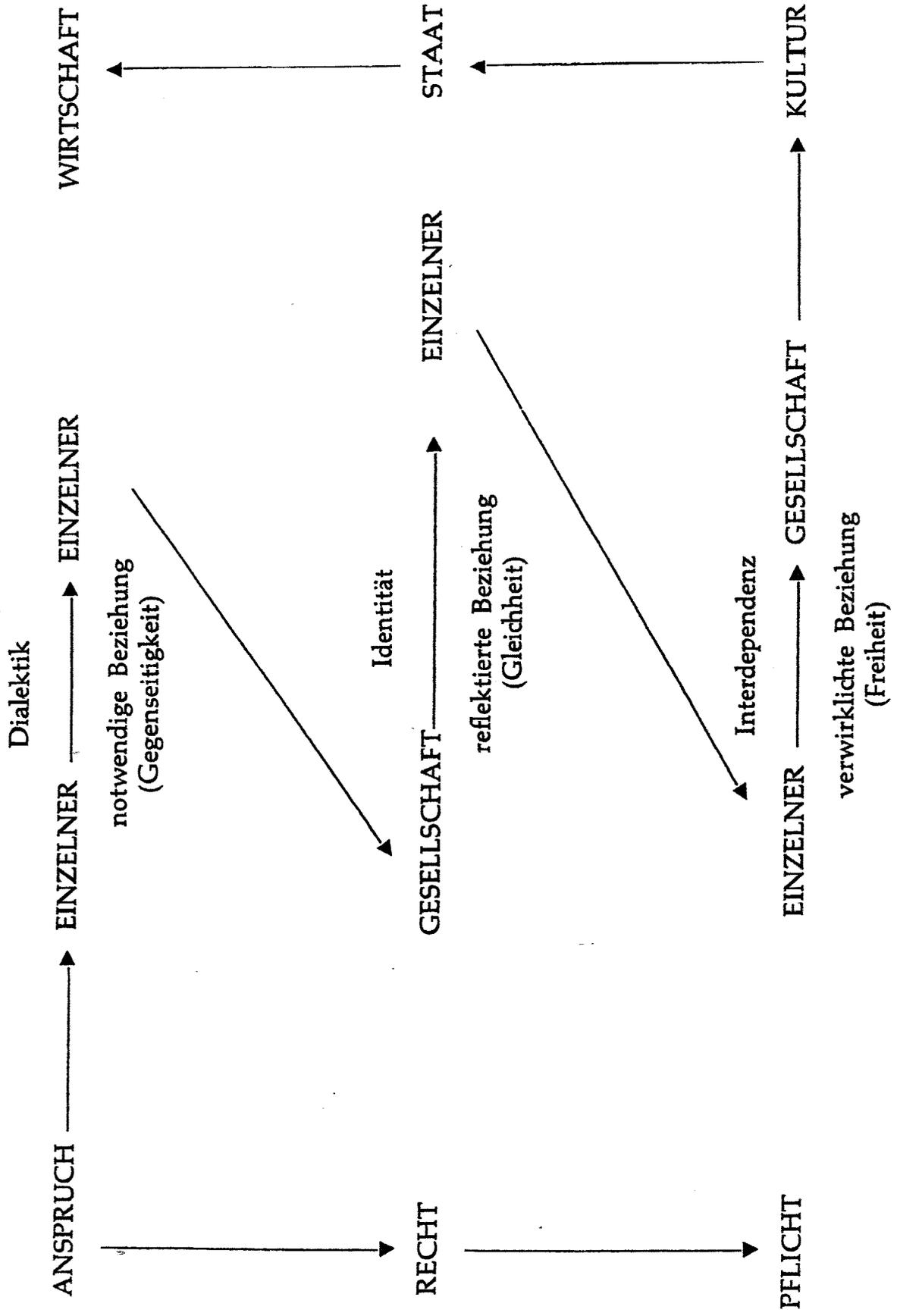
Ein **gesellschaftlich** aufzeigbarer Begriff von Freiheit existiert nicht, weil ein Kriterium für diese Existenz bereits wieder einem fixierten Symptom entspräche, welches gerade in seiner Bedingtheit eng umgrenzt ist und vor ideologischer Besetzung demnach nicht gesichert wäre.

Es existieren aber einwandfreie Kriterien für die Funktionsfähigkeit der Gesellschaft überhaupt, deren einzelne Teilorganisationen in der aufgezeigten Form ihres interdependenten Zusammenspiels von Wirtschaft, Staat und Kultur als eine gelungene Totalität durchaus das in der Welt leisten könnten, was der tiefsten Forderung nach Freiheit allein genügen mag: **Ordnung**.

Die Momente des Bewußtseins einer Freiheit – **Anspruch, Recht, Pflicht** – eignen darum dieser Ordnung, weil ihre Funktionen als die einzig möglichen Arten menschlicher Beziehungen – der des einzelnen zum einzelnen, der der Gesellschaft zum einzelnen und des einzelnen zur Gesellschaft – eine demokratische Gesellschaft in ihrer Totalität ausmachen. Siehe Schema Seite 19.

Gesellschaft in ihren drei Momenten ist unteilbar, die einzelnen Beziehungsorganisationen Wirtschaft, Staat, Kultur sind als Ordnungssysteme anzusehen, die insoweit funktionsfähig bleiben als die in ihnen wirksamen Kräfte als **Anspruch, Recht, Pflicht** durch ihre ordnungspolitische Bewältigung in Interdependenz gehalten werden.

Sollte es gelingen, Gesellschaft in der Anstrengung dieser Interdependenz als Ordnungszusammenhang zu erweisen, dann mag das unter Vorbereitung stehen, was vielleicht mit Freiheit Sie – wollen.



INHALTSVERZEICHNIS:

	Seite
Vorwort	3
Vom falschen Traum der Gesellschaft	4
I. Gemeinte Freiheit und falsche Träume	
a) die Meinung	4
b) Die Negation einer Verbindlichkeit zugunsten des Standpunktes	6
c) Der Traum im Käfig	6
II. Die drei Funktionen der Freiheit und ihre Unteilbarkeit	9
a) der Anspruch	10
b) das Recht	12
c) die Pflicht	14
Zusammenfassung	17
Schematische Darstellung	18

An einschlägiger Literatur empfehlen wir:

Otto Valentin: „Überwindung des Totalitarismus“

Verlag Hugo Mayer, Dornbirn, 224 Seiten, geb. S 60.—

8 Autoren: „Beiträge zur Situation der menschlichen Gesellschaft“

Verlag Buchdruckerei Neumeister, Kassel, 173 Seiten kart. DM 13.80

Heinz Hartmut Vogel: „Jenseits von Macht und Anarchie“

Westdeutscher Verlag Köln und Opladen, Großformat 156 Seiten, DM 24.—

Friedrich Salzmann: „Bürger für die Gesetze“

Pallas-Verlag, Bern, 240 Seiten, Leinen geb. sFr. 19.50

Herb. K. R. Müller: „Die städtische Grundrente und die Bewertung von Baugrundstücken“.

Ernst Wasmuth-Verlag, Tübingen, 310 Seiten, kart. DM 16.—

Richard Frank: „Ein Beitrag zur Lösung der Bodenfrage“

Verlag Dipl. Ing. Ernst Dorfner, Wallseerstraße 45, 4020 Linz, 16 Seiten, S 7.—

Joachim Schacht: „Die Totenmaske Gottes“

Otto Müller-Verlag, Salzburg, 216 Seiten, gebunden, S 138.—

Einschlägige Zeitschriften:

Fragen der Freiheit“. Eine Schriftenreihe. Herzog Wolfgangstraße 13 b, D-6554 Meisenheim/Glan, Preis pr. Heft DM 2.40.

„Evolution“. Monatsschrift, Bern, Sempachstraße 9. Jahresabonnement sFr 24.—

„TELOS – Die Welt von morgen“. Monatsschrift, Herausgeber Dr. Will Noebe, Berlin W 30, Hohenstaufenstraße 60. Jahresbezug DM 30.—

Über alle einschlägigen Tagungen und die Literatur unterrichtet Sie laufend die Monatsschrift:

„NEUE ORDNUNG für Kultur, Wirtschaft und Politik“

Linz, Wallseerstraße 45. Jahresbezug S 40.—